1. Jahrgang. Nr. 32. Freitag, 7. Oktober 1921.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparkassakonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16·— Kč, vierteljährlich 48·— Kč, halbjährig 96·— Kč, ganzjährig 192 Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120·— öK, für Deutschland 16·— M. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die Sachlieferungen an Frankreich.

Einigung zwischen Rathenau und Loucheur.

Berlin, 6. Oktober. (Wolff.) In dem heute zwischen den Ministern Dr. Rathenau und Loucheur in Wiesbaden abgeschlossenen Hauptabkommen über die Sachlieferungen an Frankreich bekunden die beiden Regierungen ihren Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung von Einrichtungs- und Bedarfsgegenständen und von Baustoffen in möglichst großem Umfange zu bewirken. Die Durchführung der Lieferungen soll auf beiden Seiten durch privatrechtliche Organisationen erfolgen. Die Lieferungen der deutschen Organisationen laufen neben den Lieferungen des Reiches aus Anlage 3 (Schiffe), Anlage 5 (Kohle und Kohlenprodukte) und Anlage 6 (Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Produkte) zu Teil 8 des Friedensvertrages. Für die Lieferungen aus dem Abkommen gilt die Einschränkung, daß sie Frankreich lediglich für Zwecke des Wiederaufbaues verwenden darf. Zu den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der Gesamtwert der Leistungen und der Lieferungen auf Grund des Abkommens soll bis zum 1. Mai 1926 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Die Lieferungen sollen erfolgen durch unmittelbare freie Vereinbarung der deutschen und französischen Organisationen. Die Zahlungen an die deutsche Lieferungsorganisation geschehen durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Lieferungen auf das Reparationskonto gutgeschrieben.

England und das Wiesbadener Abkommen.

London, 5. Oktober. (Reuter.) Das von Loucheur und Rathenau abgeschlossene Uebereinkommen wird von englischen Sachverständien geprüft. Aus politischen Gründen kann England keinen Einwand gegen das Uebereinkommen erheben. Jeder Plan, der Frankreich beim Wiederaufbau seiner verwüsteteten Gebiete unterstützt, soll so wenig wie möglich Widerstand finden. Bis jedoch eine eingehende Prüfung des Abkommens stattgefunden hat, ist es möglich festzustellen, wie weit das Abkommen die Verteilung der Reparationen unter den Alliierten in Mitleidenschaft zieht und ob es mit der Reparationskommission in Einklang zu bringen ist. Obgleich Loucheur und Rathenau erneut zusammentreffen, um das Abkommen zu unterzeichnen, wird es dennoch erst in Kraft treten, wenn es die Billigung der Reparationskommission gefunden hat.

Amerika als Gläubiger.

London, 6. Oktober. Die „Morningpost" meldet aus Washington, **Amerika habe nicht die geringste Absicht, die Kriegsschulden der Alliierten zu streichen oder auch nur herabzusetzen.** Das Weiße Haus hat amtlich mitgeteilt, daß jedem Versuche, diese Frage auf der Washingtoner Konferenz aufzuwerfen, von den amerkanischen Delegierten kräftiger Widerstand entgegengesetzt werden würde.

London, 6. Oktober. Laut „Daily Mail" wächst auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans die Ueberzeugung, daß die gegenseitigen Schulden die wirtschaftliche und politische Lage verwirren und daß daher eine Zusammenkunft der Schuldner und Gläubiger Englands notwendig sei. Es verlautet, daß die amerikanische Regierung nicht für eine Erörterung dieser Art sein würde.

London, 6. Oktober. (Tsch. P. B.) Die amerikanische Regierung stellt die Meldung in Abrede, daß sie bei der englischen Regierung auf sofortige Bezahlung des den Vereinigten Staaten geschuldeten Betrages dränge. Gerade das Gegenteil sei der Fall.

Erziehung zur Revolutionsromantik.

Es ist Pflicht von marxistischen Arbeiterführern, die Massen über die Tatsächlichkeiten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage und Entwickelung zu unterrichten, auf Grundlage des Seienden die werdende Welt aufbauen zu helfen. Aber gleicherweise ist es heiligste Aufgabe des sozialistischen Arbeiterführers, die Massen mit dem Geist des Sozialismus, der alles andere wie romantisch ist, der Opfermut, nie erlahmenden Optimismus und Kämpferfreude voraussetzt, zu erfüllen. Das System des Kapitalismus überwindet sich nicht selbsttätig — wenn aus ihm nicht gleichzeitig seine Überwinder geboren und erzogen werden. In tausendfältiger Kleinarbeit müssen die Heere der Klassenkämpfer formiert und geschult werden, die das Wesen des Kapitalismus erfassen und seinen Produktionsapparat beherrschen lernen. Aber darüber hinaus müssen sie mit der ethischen Gedankenwelt des Sozialismus erfüllt werden.

Wie haben nun die Kommunisten — und wir denken, um ein Beispiel anzuführen, an unsere eigene „deutsche Abteilung" — diese zweiteilige Aufgabe erfüllt? Haben sie allen jenen, die sich als Neulinge im Lager der kämpfenden Arbeiterklasse ihnen angeschlossen haben, über den wahren Stand der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tatsachen unterrichtet? Oder haben sie nicht diese Tatsachen nach ihren Wünschen eigenwillig umgedichtet? Und haben sie nicht dann auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dichtungen den Massen mit der Barrikadenromantik der Jugendjahre des Proletariats zugesetzt? Die Folge ihres Tuns war dann die Spaltung des deutschen Proletariats in diesem Staate und gleichsam als Reaktion auf die Tiraden der Kommunisten der Indifferentismus, der sich eines nicht unbeträchtlichen Teils des Proletariats bemächtigt hat.

Auch der letzte denkende Arbeiter ist sich darüber heute klar, daß alles das, was von Radek bis Kreibich über den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus mit dem Brustton der absoluten Gewißheit erzählt wurde, einfach bewußte Selbsttäuschung war. Wenn diese Sache von den Bolschewiken im Interesse der Erhaltung ohne Herrschaft verbreitet wurde, wenn in jedem Lande Europas und Amerikas die Mähr von dem Zusammenbruche des Kapitalismus im Nachbarreiche durch den Mund der Kosta umging, so ist dies vom Standpunkt der russischen Außenpolitik verständlich. Wenn aber europäische Politiker angesichts der kapitalistischen Entwicklung der Siegermächte und unserer absoluten wirtschaftlichen Abhängigkeit von ihnen, die unmittelbare Sowjetisierung Mitteleuropas als einziges Heilmittel unseres Wiederaufbaues priesen, so muß dies heute angesichts des grenzenlosen Verfalls Rußlands als geradezu verbrecherisch hingestellt werden. „Verräter am Proletariate" wurden seinerzeit von Kreibich diejenigen genannt, die zu bezweifeln wagten, daß uns Sowjetrußland Mehl und Hülsenfrüchte in Hülle und Fülle liefern könne. Das war zu einer Zeit, als auch schon der Hunger in Rußland umging. So etwa waren die volkswirtschaftlichen Kenntnisse beschaffen, die die Kommunisten den Massen auf ihren Weg zum Kommunismus mitgeben wollten.

Aber wie sonderbar waren erst die Idealbegriffe, mit denen sie ihre Anhänger erfüllten! Was die Reichenberger der Jugend, die sie als den Grundstock ihrer Partei gewinnen wollten, für „revolutionäre" Lehren beibrachten, gehört einfach in das Kapitel gesellschaftlicher Verirrungen; wenn wir aber beispielsweise nachlesen, was der Reichenberger „Vorwärts" über Hölz zu schreiben für zweckdienlich fand, werden uns erst Gedankenreihen klar, die nicht anderswo als beim Chodauer Mord enden konnten. Der „Vorwärts" schrieb damals:

„Hölz, ist ein echter Revolutionär und es stände gut um die Sache des Proletariats, wenn Charaktere von der Entschlossenheit und Opferbereitschaft eines Hölz nicht allzu selten wäre. Genosse Max Hölz wurde verurteilt. Ein Revolutionär, der, wenn er in vergangenen Jahrhunderten für die Interessen der Bourgeoisie gekämpft hätte, heute in Lebensgröße in den Schlössern der Schwarzenberge als Urahne gezeigt und mit Stolz betrachtet würde. Ein Klassenkämpfer! Wenn jene Taten heute als Einzelerscheinungen in ihrer Art auffallend verdammt werden, so sind sie dennoch in der Phase, jeder Revolution während der Aktionen Massenerscheinungen, die wir als unabwendbar erkennen.

Während die ganze marxistische Welt eine Identifikation mit dem phrasengeschwollenen Räuberhauptmann Hölz mit Entrüstung ablehnte, fand das Zentralorgan unserer Kommunisten verherrlichende Worte seiner Mordtaten. Hat diese Partei heute ein moralisches Recht, die Folgen ihrer „revolutionierenden" Erziehung abzuleugnen, und sich so zu stellen, als ob sie immer widerraten hätte, als es um „Taten" ging? Und dennoch: der Abgeordnete Kreibich hat den traurigen Mut, in einer langatmigen, historisch ausholenden Artikelserie „Spitzeltum, Verbrechen und Revolutionsromantik" die Schuld natürlich immer den anderen zuzuschieben. Er, der Typus des revolutionslitarischen Romantikers, theoretisiert:

„Unvermeidlich ist es aber auch, daß in eine revolutionäre Partei Leute kommen, deren Beweggrund nur die Revolutionsromantik ist. Mit denen verhält es sich so wie mit denen, die aus bloßer Neigung zur Gewalt Revolutionäre sind. In beiden Fällen handelt es sich um Menschen, die sozusagen von Natur aus Revolutionäre sind; um trotzige, kühne, unerschrokkene, um kraftterfüllte, tatendürstige und leicht begeisterungsfähige Menschenkinder, denen in der Regel zwei für einen Revolutionär unerläßliche Eigenschaften fehlen; klare Erkenntnis, kühle, nüchterne Erwägung, Vorsicht und Besonnenheit wie Selbstbeherrschung und Disziplin. Eine revolutionäre Bewegung darf diese Menschen nicht abstoßen, als revolutionäre Partei müssen wir sie zu gewinnen trachten, weil wir sie in der Zeit revolutionärer Kämpfe brauchen werden."

Wir halten fest: die kommunistische Partei braucht diese tatendürstigen Nurrevolutionsromantiker, sie muß sie sogar zu gewinnen trachten, weil sie sie brauchen wird. Nun haben aber diese Nurrevolutionsromantiker, ohne die man einfach nicht auskommen kann, fast immer die Eigenheit, Verbrecher zu sein. Und

„... in der Hitze des Kampfes ist der Kämpfer, der aus Ueberzeugung und Begeisterung kämpft, nicht von der Verbrechernatur zu unterscheiden; solche Naturen zeigen sich in der Stunde des Kampfes, besonders oft kühn und tapfer, ohne daß man gleich erkennen würde, daß ihr Mut nur auf das Fehlen gewisser innerer moralischer und sittlicher Hemmungen zurückzuführen ist, die der ehrliche Revolutionär bei jeder notwendigen rücksichtslosen Kampfbehandlung überwinden muß. So können Verbrechernaturen sich in solchen Kampfsituationen großes Vertrauen erringen und auf wichtige Posten gestellt werden."

Im Chodauer Falle beispielsweise haben gleich ein paar Parteisekretäre an wichtigen Kampfhandlungen teilgenommen und sich großes Vertrauen erworben. Aber unter den Verbrechern, die da irgendwie in die kommunistische Partei hineinkamen, gehören gleichsam als integrierender Bestandteil der „jungen revolutionären Organisation, deren Führern und Vertrauensmännern die Erfahrung" fehlt, die Spitzel. Von ihnen weiß Kreibich zu berichten:

„Besonders schwierig ist der Kampf gegen das Spitzeltum in einer jungen revolutionären Organisation, deren Führern und Vertrauensmännern die Erfahrung auf diesem Gebiete fehlt. Da kann nur eines helfen: große Vorsicht und unbedingtes Mißtrauen gegenüber jedem, der als Genosse in die Organisation kommt, mitarbeiten will und den man nicht genau selbst kennt oder der von einer anderen Organisation einwandfrei als guter, verläßlicher Genosse bezeichnet worden ist. Besondere Vorsicht aber ist gegenüber solchen Parteimitgliedern notwendig, die sich durch allzu große Neugierde auszeichnen und fortwährend alles wissen möchten, was da oder dort, wo sie nicht selbst dabei sind, beschlossen oder besprochen worden ist. Am verdächtigsten aber sind natürlich jene, die allzu unersättlich im äußersten Radikalismus sind und stets von nichts anderem als von radikalsten Taten schwätzen. Vorbereitungen revolutionärer Aktionen, Bewaffnung des Proletariats und illegale Organisation sind selbstverständliche Erfordernisse und Pflichten jeder kommunistischen Partei, darüber gibt es keine Diskussion, die Beschlüsse und Thesen der Kongresse sprechen da eine unzweideutige Sprache für den, der die Notwendigkeit dieser Dinge für eine kommunistische Partei nicht von selbst einsehen wollte. Aber die praktische Beschäftigung mit diesen Aufgaben kann nur Sache der besten und vertrauenswürdigsten Genossen sein. Am wenigsten und am verdächtigsten sind gerade in „dieser Hinsicht Schwätzer und Maulhelden ..."

Der Schluß versöhnt: am wenigsten verdächtig sind die Schwätzer und Maulhelden; am begehrtesten aber die Revolutionsromantiker, am gefährlichsten die Neugierigen mit unersättlichem Radikalismus, mit dem sich praktisch nur die „vertrauenswürdigen Genossen" beschäftigen dürfen, sofern sie sich nicht in nachhinein als Verbrecher entpuppen. Diese Einleitung der kommunistischen Partei entnehmen wir dem gelahrten Essay Karl Kreibichs.

Es scheint uns aber, daß auch den Kommunisten von der Revolutionsromantik, mit der sie sich geheimnisvoll umgeben haben, langsam schwül zu werden beginnt. Nichts ist banaler als entschleierte Romantik. Und deshalb kehren die Kommunisten langsam, der Revolutionsromantik entsagend, zu jener Wirklichkeit zurück, in die sich viel früher schon die tschechischen Kommunisten hineingefunden haben. Dieser ideologische Rückzug vollzieht sich natürlich nicht ohne heftigste Schimpfkanonaden gegen die „sozialdemokratischen Bonzen". Die Reichenberger haben etwas noch nie Dagewesenes entdeckt: „den Befreiungskampf jetzt, sofort durchkämpfen oder in Schmach und Elend untergehen". Und das Motto zu dieser grandiosen Entdeckung heißen sie „revolutionäre Kleinarbeit". Die wollen sie nun leisten. Aber zu ihrem Leidwesen betreibt doch die Sozialdemokratie seit ihrem Anbeginn revolutionäre Kleinarbeit. Ist die neue Entdeckung nicht doch schon etwas veraltet? Sind nicht die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Riesenorganisationen, ist nicht die ganze Sozialgesetzgebung Europas, in vielen Ländern der lebensmögliche Stand des Proletariats

Früchte revolutionärer Kleinarbeit? Doch der „Vorwärts“ vertröstet gleich: „Lassen wir uns nicht davon abschrecken, daß eine solche Tätigkeit einen stark „sozialdemokratischen“ Anstrich hat und gar nicht „revolutionär“ aussieht . . .“ Als Gefangene ihrer eigenen Revolutionsromantiker werden sie auch dann nicht fruchtbare Kleinarbeit leisten können, wenn alle Objekte ihrer Revolutionsromantik zerstoben sind.

Das sicherste Mittel, so sagt der dienstägige „Vorwärts“, die Massen den sozialdemokratischen Führern zu entreißen und sie zu Kommunisten zu machen, ist die Diskutierung der Tagesfragen, die offene Besprechung all der Erscheinungen und Ereignisse, über die die sozialdemokratischen „Führer“ bisher nur „unter einander“ zu sprechen pflegten. — Wenn das letztere aus dem Munde von Menschen, die sich selbst vom Moskauer grünen Tisch aus kommandieren lassen, ein bißchen verfehlt klingt, so glauben wir, daß gerade die Diskussion der Tagesfragen, die sachliche Besprechung aller Erscheinungen des Tages den wahren Charakter der Reichenberger Kommunisten und ihrer Nachläufer endgiltig und restlos enthüllen wird: daß sie zum großen Teil aus „unverdächtigen Schwätzern und Maulhelden“, zum kleineren aus sehr geschätzten romantischen Raufern bestehen.

Inland.

Grundsätze, aber . . . . Auf einem Bezirksverbandstag der Deutschgelben wurde über die Frage, ob die Deutschen an den Verhandlungen des Prager Parlamentes teilnehmen sollen, verhandelt. Das Ergebnis kann man darin zusammenfassen: sie möchten gar so gerne als die Unentwegten erscheinen, sind aber doch für die Rückkehr ihrer Abgeordneten ins Parlament. So meinte denn der Vorsitzende in seinem Schlußworte, daß sie „grundsätzlich“ auf dem Standpunkte der Nichtteilnahme an den Beratungen des Parlamentes stehen, da die Teilnahme „für das deutsche Sudetenvolk keinen praktischen Wert“ hat, dennoch aber glauben sie, einem „unbedingten Auszuge der deutschen Abgeordneten aus dem Prager Parlamente nicht das Wort reden zu können.“ Der Abgeordnete Patzel kam zu demselben Schlusse: Die Teilnahme der Deutschen sei wohl „ziemlich nutzlos“, dennoch ist er für die Teilnahme. — Wenn die Teilnahme der deutschbürgerlichen Abgeordneten „keinen praktischen Wert“ besitzt und „ziemlich nutzlos“ ist, warum sie dann doch zurückkehren? Erübrigen wir uns die Mühe, die Tiefsinnigkeit dieser Politik zu ergründen und nehmen wir die Tatsache zur Kenntnis: sie werden mit den „Grundsätzen“ in der Tasche ins Parlament zurückkehren.

An die Adresse der Katastrophenpolitiker unter den Deutschnationalen richtet sich ein Artikel des Senators Jesser im nationalsozialen „Tag“ über „Deutschösterreich, Deutschland und wir.“ Nachdem Jesser auseinandergesetzt, daß auf Deutschland nicht gerechnet werden kann, daß es eine Politik machen werde, die es in starken Gegensatz zu den gegenwärtigen tschechischen Machthabern stellen würde, sagt er:

„Wir müssen die Zukunft vorbereiten, **dürfen aber die Gegenwart nicht übersehen.** Wir müssen ein- für allemal daran festhalten, **daß wir uns vollständig den Bedürfnissen des größeren Teiles des deutschen Volkes unterordnen müssen.** Dazu gehört eine gewaltige Dosis aufopferungsvoller nationaler Ueberzeugung. Deutschland hat augenblicklich nur ein Bedürfnis: Ruhe, Ruhe und abermals Ruhe in der Entwicklung. Es kann ohne militärische Machtmittel und ohne starke Verbündete nicht mit der Faust auf den Tisch schlagen, **es kann daher heute auch seine äußere Politik nicht auf unsere Befreiung einstellen,** sondern nur auf die Lockerung der gewaltigen Mächte-Koalition . . .

Die größte politische Tugend ist die Geduld. Entwicklungen gehen langsam vor sich — **mit Katastrophen dürfen wir nicht rechnen** — jedenfalls sind wir nicht stark genug, sie herbeizuführen, und **in Deutschland und Deutschösterreich ist keinerlei Neigung dafür vorhanden . . .**

Wir dürfen den allmählichen Abbau des Nachkrieges nicht stören sonst laufen wir Gefahr, daß über unsere Köpfe hinweg, sogar auf unsere Kosten das Einvernehmen zwischen Deutschland, Deutschösterreich und der Tschechoslowakei geschlossen wird. Uns droht die Gefahr, als Kaufpreis gezahlt zu werden.. Man überschätze doch um Gotteswillen die an sich so erfreulichen Sympathien reichsdeutscher Akademiker und kleinerer Gruppen von Politikern nicht! Solange die breiten Massen kleindeutsch, ja partikularistisch denken, so lange werden die politischen Vertreter dieser Massen kleindeutsche Politik machen. Abermals betonen wir: Fortsetzung der Aufklärung und Erziehung — aber Politik auf dem Boden der Tatsachen, mögen sie noch so unerfreulich sein.

Man wird uns diese Offenheit vielleicht verübeln und wird von Eger aus neues „Blinkfeuer“ auf unsern „Berrat am deutschen Volke“ lenken — wir haben trotzdem den Mut, auch nach unten unsere Meinung offen auszusprechen. Wir schließen mit dem Gedanken, den wir schon oft ausgesprochen haben: **Unser Ziel muß sein: Ein deutsch-tschechischer Bundesstaat,** der sich allmählich an eine mitteleuropäische Staaten- und Wirtschafts-Konföderation angliedern soll.“

Ganz vernünftig gedacht, aber wo bleibt die diesen Anschauungen entsprechende Politik.

Das Parlament und der Petroleumskandal. Wie die „Tribuna“ meldet, wird in parlamentarischen Kreisen die Vorlage des Vertrages der tschechoslowakischen Regierung mit der Standard Oil Company verlangt werden. Insbesondere stellen die sozialistischen Parteien diese Forderung auf. Eigentümlich ist, daß die Regierung bis heute keine ausreichende Erklärung für ihr Verhalten gegeben hat.

Kurswechsel der slowakischen Klerikalen. Wie die „Tribuna“ behauptet, befindet sich die slowakisch-klerikale Partei in einem Umwandlungsprozeß. Einer der Gründe hiezu ist die Entstehung einer christlichsozialen Konkurrenzpartei in der Slowakei. Da das klerikale Programm beider Parteien dasselbe ist, blieb den slowakischen Klerikalen, deren Führer Hlinka ist, nichts anderes übrig, als im Kampfe gegen die Christlichsozialen das slowakisch-nationale Moment hervorzuheben. Eine Zeit lang schien es, als ob die Hlinkaleute sich mit den Christlichsozialen, deren Führer ein gewisser Tyrdy ist, vereinigen würden. In der letzten Zeit jedoch ist die Kluft zwischen den beiden klerikalen Parteien immer größer geworden. Im „Slovak“ widerlegte jüngst Hlinka die Klagen der Magyaren über die nationale Unterdrückung. Er schreibt: „Das vermeintliche Unrecht, das den Magyaren und den mit ihnen fühlenden nichtmagyarischen, nur durch künstliche Mittel entfremdeten Elementen geschieht, läßt sich nur damit erklären, daß die Magyaren noch immer in dem alten Fahrwasser segeln und noch immer vergeblichen Hoffnungen in die Zukunft im Sinne der Unteilbarkeit der St. Stephanskrone setzen“. Demgegenüber betont Hlinka den nationalen Charakter seiner Partei: „Die slowakische Nation findet in dieser Republik und in ihrem Rahmen die Erhaltung ihrer nationalen Eigenart, ihrer Individualität, ihrer politischen und autonomen Rechte.“ So verkündete es Hinka in seiner Rede bei der Begrüßung des Präsidenten Masaryk. Es wird sich zeigen, ob diese neue politische Einstellung Hlinkas, der schon viele Wandlungen durchgemacht hat, lange anhalten wird.

Ein kommunistischer Sekretär aus der kommunistischen Partei ausgetreten. Im Mähr.-Ostrauer „Duch Casu“ veröffentlicht der Kreissekretär der kommunistischen Partei in Ostrau, Wenzel Viktora, einen Artikel, in dem er der Ostrauer kommunistischen Arbeiterschaft mitteilt, daß er aus der Partei austrete. Der Grund ist der, daß in dem Sekretär die Erkenntnis erwacht ist, daß der Kommunismus für die Arbeiterschaft schädlich ist, nicht der Kommunismus von Karl Marx, wohl aber „die verbrecherische Taktik der heutigen kommunistischen Führer.“

Die Kommunisten im Wiener Arbeiterrat.

Es ist immer und überall das gleiche frevelhafte Spiel. Auch in Wien versuchen die Kommunisten eine große und notwendige proletarische Institution, dem Kreisarbeiterrat und damit die Räteorganisation selbst zu zertrümmern. Sie scheuen kein Mittel, Verleumdung und Entstellung nicht, um das Bollwerk der Einigkeit des österreichischen Proletariats zu zersprengen, die relative Einigkeit des österreichischen Proletariats in absolute Uneinigkeit und Ohnmacht zu wandeln.

Der Arbeiterrat der österreichischen Arbeiterschaft ist eine Errungenschaft der Revolution. Als in Oesterreich beim Umsturz gleichsam Alles ins Wanken geriet und in Trümmer ging, da waren es nur die sozialdemokratischen Organisationen, die den festen Halt in der Wirrnis der Haltlosigkeiten nicht verloren haben. Der Arbeiterrat mit seiner Kreis- und Bezirksorganisation wurde als Räteorganisation des klassenbewußten Proletariats geschaffen. Ja ihm war die proletarische Institution ins Leben gesetzt, die die Aufgabe hatte, sich den wechselvollen Bedürfnissen der Nachumsturzzeit anzufassen. Diese Aufgabe hat der Arbeiterrat trotz allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich ihm in gähnender Zeit entgegengesetzt haben, befriedigend gelöst. Bis jetzt hat er auch seine wesentlichste Aufgabe erfüllt: er war ein gemeinsames Forum des Proletariats. Aber die Kommunisten sind aber daran, diese Errungenschaft der österreichischen Arbeiterschaft zu vernichten. Ihr „geistiger“ Führer, der unrühmlich bekannte Dr. Frey stellte in der letzten Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrats einen die Würde der Versammlung beleidigenden Antrag und nach dessen Zurückweisung zogen die Kommunisten ihre Vertreter aus der Exekutive und aus der Obmänner-Konferenz zurück. Da sie keine andere Vertreter nominiert haben, wurden an Stelle der Ausgeschiedenen zwei andere Mitglieder, Sozialdemokraten, gewählt. **In dieser für das Wiener Proletariat** so überaus kritischen Zeit hat der Kreisarbeiterrat zu wenig Zeit, sich mit den kommunistischen Kreuzköpfen und talmudischen Spitzfindigkeiten der Friedländer und Frey abzugeben. Es wird sich nun erweisen, ob die Gruppen, die hinter diesen Leuten stehen, die Verderblichkeit der Freyschen Politik erkennen oder ob sie vollends in Bann der Revolutionsromantiker stehen. Wenn das letztere der Fall sein sollte, dann werden die Kommunisten aus dem österreichischen Arbeiterrat, in dem sie eine unbedeutende Minorität sind, ganz ausscheiden. Wohl wird auch dadurch dem Gesamtproletariate geschadet, aber immerhin ist die Mitarbeit der Kommunisten in dieser Institution wie in vielen anderen ein fraglicher Gewinn gewesen.

Der Kampf um die Koalition in Deutschland.

Die Meinungen von Freund und Feind der Mehrheitssozialisten gehen darüber weit auseinander, ob ihre Anfrage an die Unabhängigen, unter welchen Bedingungen diese zum Eintritt in eine Koalitionsregierung bereit seien, rein sachlichen Erwägungen oder einem taktischen Bedürfnis entsprang. Welches immer aber auch der Beweggrund zu der Anfrage gewesen sein mag, soviel steht fest, daß sie die Klärung der Meinungen in ungeahnter Weise beschleunigt hat. Denn sie nötigte die bürgerlichen Bundesgenossen der Mehrheitler im Reiche, sich angesichts der maßvollen, doch klassenbewußten Antwort der Unabhängigen der eigenen Klasseninteressen unverhüllter anzunehmen, als sie das bisher der Koalition zuliebe getan hatten; und das wieder gab der Deutschen Volkspartei den Mut, ihr wahres reaktionär-bourgeoises Antlitz hinter der eben noch vorgebundenen fortschrittfreundlichen Maske hervorzustrecken. Gebärdet sie sich doch so, als ob die Sozialdemokratie ohne Stresemanns Beihilfe rettungslos verloren und als wenn dieser Herr allseits wie ein Helfer in der Not umworben wäre. Das von den Unabhängigen als Bedingung aufgestellte Steuerprogramm wird von der „Nationalliberalen Korr.“ mit der Feststellung abgetan, „daß sich die deutsche Volkspartei daran nicht beteiligen könne,“ und im Anschluß daran wird der Mehrheitspartei hämisch zu Bewußtsein gebracht, daß in Preußen die Demokraten und das Zentrum keinesfalls zu einer nach links erweiterten Koalition zu haben wären, wie sie die Mehrheitler fürs Reich planen. Der Hinweis trifft, wie auch der Berliner „Vorwärts“ zugeben muß, tatsächlich eine sehr wunde Stelle, weil es wirklich schwer angeht, im Reich mit denselben Parteien verbündet zu sein, mit welchen man in Preußen um die Macht ringt. Nach dieser Antwort haben Zentrum und Demokraten, das ist auch die Schlußfolgerung des „Vorwärts“, nur noch die eine Wahl, sich entweder dem Zug ihres bürgerlichen Herzens folgend, zu Stresemann zu bekennen oder den Weg nach links einzuschlagen. Die Minderheit des Görlitzer Parteitages hat so von der Volkspartei her unerwarteten Sukkurs bekommen, der Opportunismus um jeden Preis muß, da die in Aussicht genommenen Bundesgenossen sich derart großschnauzig gebärden, endlich verstummen. Die Genugtuung darüber leuchtet hell aus den Ausführungen Ströbls in der „Chemnitzer Volksstimme“ hervor, wenn er u. a. schreibt:

„Die sozialdemokratische Partei darf nicht den leisesten Zweifel darüber lassen, daß es für sie nach der Erklärung der USP. nur noch eine Koalition gibt, die Koalierung nach links, eine Regierung, in der Zentrum, Demokraten, SPD. und USP. vertreten sind. Jeder Gedanke an ein Zusammengehen mit der DVP. ist von vornherein mit eindeutiger Schärfe abzulehnen! Es würde, von allen anderen Momenten abgesehen, den Unabhängigen den Eintritt in die Regierung unmöglich machen und somit nur die Koalition nach rechts, die reaktionäre Orientierung der ganzen Regierungspolitik bedeuten. Und solche Erklärungen müßten nicht nur von Parteileitung und Fraktionen abgegeben, sondern durch Massenkundgebungen im ganzen Lande erhärtet und unterstrichen werden! . . . Die Frage steht so: soll die sozialdemokratische Partei sich zum Handlanger und Komplizen jener ausgesprochen kapitalistischen Klassenpolitik erniedern, die ihr Zentrum und Demokraten mit ihrer Einladung zu einer Koalierung mit der Stinnes-Partei zumuten, oder sollen sie unverrückbar darauf bestehen, daß die Koalition nur durch den Eintritt der Unabhängigen verbreitert werden kann? Wer die Forderungen der Erfassung der Sachwerte, der Demokratisierung und der Sozialisierung nicht nur als dekorativen Aufputz für die Agitation, sondern als die Grundlagen und Voraussetzungen jeder Politik der Volkswohlfahrt betrachtet, kann sich über die Antwort keinen Augenblick im Zweifel sein. Aber wenn Zentrum und Demokraten ebenso hartnäckig auf ihrem Standpunkt verharren? Wenn sie kategorisch erklären: entweder Einbeziehung der Volkspartei in die Koalition oder überhaupt keine Koalition mit den Sozialisten? Nun, dann sollten die sozialdemokratischen Führer und Massen ebenso kategorisch erklären: schön, so nehmen wir den aufgedrungenen Kampf auf! **Bildet ganz nach Belieben rein bürgerliche Regierungen und versucht einmal, wie weit ihr damit innen- und außenpolitisch kommt!** Wir Sozialisten treten dann in die Opposition und werden nicht ermangeln, alle nichtkapitalistischen Bevölkerungsschichten über die Wohltaten eures Regierens einmal gründlichst aufzuklären.“

Mag sein, daß die Mehrheitler durch ihre Anfrage an die Unabhängigen, wie das die „Leipziger Volkszeitung“ vermutet, beweisen wollten, daß sie die von ihnen stets gescholtene prinzipielle Verbohrtheit der Unabhängigen kein anderes Bündnis als nach rechts hin zulasse. Die kluge und pflichtbewußte Haltung der Unabhängigen aber zwingt umgekehrt die Bürgerlichen, Farbe zu bekennen, und dadurch wieder die Mehrheitspartei, sich ihrer proletarischen Aufgaben voll und ganz bewußt zu werden. Was Görlitz zu verschütten schien, kann so frohe Wirklichkeit werden, wenn nichts alles trügt, ist die Einheit der Arbeiterschaft auf dem Marsch.

*

Die Koalition gefährdet.

Berlin, 6. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Auf die Anfrage der sozialdemokratischen Partei an die beiden anderen Koalitionsparteien, ob sie unter den von den unabhängigen Sozialdemokraten aufgestellten Mindestforderungen bereit seien, mit ihnen zusammen eine Regierung zu bilden, haben die Demokraten und das Zentrum übereinstimmend zurückgefragt, ob die Unabhängigen auch einer Erweiterung der Koalition nach Rechts, also der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, zustimmen würden. Da sowohl die Unabhängige Partei, wie die Deutsche Volkspartei erklärt hat, daß keine von ihnen mit der anderen zusammen in einer Regierung sitzen wolle, so ist diese Frage bereits erledigt und die Rückfrage der beiden Koalitionsparteien soll nur ihre Absicht verschleiern, mit der Stinnespartei in eine Koalitionsregierung einzutreten. Dazu erklärt der „Vorwärts“, daß unter diesen Umständen nicht abzusehen sei, wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Erweiterung der Koalition erzielt werden solle. Diese Formulierung läßt erkennen, daß auch bei den Rechtssozialisten der Wunsch, sich mit der Stinnespartei zu koalieren, erheblich abgeschwächt ist.

Gegen die Kapp-Putschisten.

Ein Steckbrief.

Leipzig, 6. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Oberreichsanwalt erließ einen Steckbrief wegen Hochverrates gegen Generallandschaftsdirektor **Kapp** aus Königsberg, den Major a. D. **Pappst,** den Oberst a. D. Bauer, den Arzt und Volkswirtschaftler G. W. Chile aus Naumburg a. Saale, den Schriftsteller Karl Schnittler, den Schriftsteller Trebitsch-Lincoln, den General der Infanterie a. D. Freiherrn von Lüttwitz und den Korvettenkapitän Ehrhardt. Die Reichsregierung hat eine Belohnung bis zu 50.000 Mark ausgesetzt für denjenigen, der zur Aufklärung des Sachverhaltes oder zur Ergreifung eines der Angeschuldigten beiträgt.

Deutsche Friedensgesellschaft und Reichswehr.

Bochum, 5. Oktober. Heute hielt die deutsche Friedensgesellschaft als Auftakt zum Pazifistenkongreß in Essen ihre Hauptversammlung ab. Unter anderem brachte ein Vertreter der Berliner Ortsgruppe einen Antrag auf Abschaffung der Reichswehr ein, die ein Heer der Reaktion sei und die Arbeiterschaft provoziere. Herr von Gerlach trat energisch gegen den Berliner Antrag ein. Jede Regierung müsse sich auf eine bewaffnete Macht stützen können, weil uns sonst die Gefahr reaktionärer und revolutionärer Putsche zwingen würde, die Schutzpolizei noch mehr als bisher zu militarisieren. Bei der Abstimmung über den Antrag ergaben sich 134 Stimmen für den Antrag und 42 dagegen. Professor Quidde erklärte hierauf, daß er nicht mehr in der Lage sei, sein Amt weiterzuführen und Gerlach schloß sich ihm mit einer ähnlichen Erklärung an. Die Versammlung endete unter großer Unruhe.

Neue Taten der Faszisten.

Paris, 5. Oktober. (A. H.) „Petit Journal“ erfährt aus Rom, daß in Modama Mantua und Brescia Zusammenstöße zwischen Faszisten und Kommunisten stattfanden, wobei 2 Personen getötet und 10 verwundet wurden. Durch die Explosion einer Bombe bei Triest wurde die Eisenbahnlinie Triest-Pola beschädigt.

Laibach, 5. Oktober. (Jugosl. Preßb.) „Slovenskij Narod“ meldet aus Görz, daß gestern vormittags Faszisten in die Filiale der Laibacher Kreditbank eingedrungen sind und sie vollständig demoliert haben. Es wurden einige Bomben in die Bank geworfen. Der Schade ist ungeheuer groß.

Österreichisches Parlament.

Wien, 6. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat".) Im Abgeordnetenhause haben heute die Sozialdemokraten eine dringliche Anfrage wegen der Ausfuhr von Zuchtvieh aus Deutschösterreich überreicht. Sie wurden von Genossen Abram begründet, der ausführte: Noch ist die letzte Teuerung in ihrer vollen Schärfe nicht wirksam. Wenn aber der bescheidene Fettvorrat und das Bischen Mehl, das noch heute vorhanden ist, aufgebraucht sein werden, wird es, so sehr wir uns dagegen wehren, in den Städten wahrscheinlich zu großen Verzweiflungsausbrüchen der Bevölkerung kommen.

Die Abg. Freundlich beantragte, die Regierung aufzufordern, sofort die Einstellung der Viehausfuhr durchzuführen und dem Bundesminister für Landwirtschaft die Mißbilligung auszusprechen. Bei der Abstimmung wird der erste Satz des Antrages mit 119 gegen 12 Stimmen angenommen, worauf die Abg. Freundlich erklärt, daß darin schon eine Mißbilligung der Verfügung des Ministers ausgesprochen sei, und sie ziehe den zweiten Teil des Antrages zurück.

Vor der Anfrage wurde das Bankgesetz verhandelt. Dabei kam Genosse Eldersch auf den sozialdemokratischen Finanzplan zu sprechen und erklärte, er mache darauf aufmerksam, daß es zwölf Uhr geschlagen habe und daß wir nicht mehr länger zusehen können, wie unsere Volkswirtschaft in den Abgrund gleitet, aus dem wir nicht wieder herauskommen zu können befürchten müssen. Der Bevölkerung hat sich Verzweiflung bemächtigt, eine Panik jagd die andere. Sehen Sie zu, daß Sie nicht zu spät kommen. Wir lehnen für das, was kommt, die Verantwortung ab."

Karl verleiht die Baronie!

Ein Protest der Sozialdemokraten.

Wien, am 6. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat",) Der „Sozialdemokratische Verband" hat heute wegen der Adelsverleihungen durch den ehemaligen Kaiser Karl eine Anfrage an die Regierung gerichtet. Es wird darin darauf verwiesen, daß mit diesen Adelsverleihungen offenbar die finanziellen Mittel für die Propaganda in der Republik und für die Vorbereitung eines monarchistischen Putsches aufgebracht werden sollen. Karl habe in den letzten Monaten eine Reihe von Personen, namentlich zahlungsfähige Kriegsgewinner jüdischer Abkunft in den erblichen Freiherrnstand erhoben, darunter den aus unsauberen Preistreibereiaffären wohlbekannten jüdischen Kleiderfabrikanten Wilhelm Beck, der in den erblichen Freiherrnstand erhoben wurde. Wir halten es für unerträglich, daß Kriegsgewinner, deren Uebermut keinen anderen Weg zur Verschleuderung des dem österreichischen Volk geraubten Vermögens zu finden weiß, der monarchistischen Agitation auf diese Weise Beistand leisten und fragen die Regierung, was sie zu verfügen gedenkt, um diese unverschämte Verhöhnung der Republik und damit verbundene Schädigung ihres Bestandes wirksam abzuwehren und die daran Beteiligten der entsprechenden Bestrafung zuzuführen?"

Die Banditen gehen vor.

Trotz Verbotes: weitere Rüstungen der Horthysten.

Wien, 6. Oktober. (Tsch. P.) An mehreren Stellen der steirischen Grenze sind **ungarische Banden auf österreichisches Gebiet vorgedrungen. Es kam zu Zusammenstößen mit dem österreichischen Grenzschutz**, über deren Verlauf bis zur Stunde Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Nach hierher gelangten zuverlässigen Nachrichten **dauern die militärischen Vorbereitungen in Ungarn an.** Das Verbot der Botschafterkonferenz, das sich gegen die Absicht der ungarischen Regierung richtet, weitere 20.000 Mann einzuberufen, scheint demnach bisher keine Wirkung ausgeübt zu haben. Nach zuverlässigen Meldungen aus Budapest werden im dortigen Monturdepot **täglich mehrere hundert Zivilisten militärisch ausgerüstet.**

Weitere Verbrechen.

Wien, 6. Oktober. Amtlich wird gemeldet: Die ungarischen Banditen halten seit gestern **morgens nicht nur unsere Truppenstellungen in Bruck a. L., sondern auch gegen jedes Völkerrecht** und menschliches Empfinden die offene Stadt Bruck andauernd unter **Gewehr- und Maschinengewehrfeuer**, wodurch die friedliche Zivilbevölkerung unausgesetzt auf das schwerste gefährdet ist. Wie das „Tel.-Korrb." erfährt, hat die österreichische Regierung diesen neuerlichen besonders krassen Bruch des internationalen Rechtes sofort **den Mächten zur Kenntnis gebracht** und in energischer Weise gegen die sich immer wiederholenden Völkerrechtsbrüche Protest erhoben.

England erlaubt Italien, zu vermitteln.

Rom, 6. Oktober. (Tsch. P. B.) Dem „Corriere d'Italia" zufolge soll die offizielle **Zustimmung Englands** zur Vermittlung Italiens in der westungarischen Frage gestern in Rom eingegangen sein.

London, 6. Oktober. (Reuter.) Die englische Regierung hat dem Vermittlungsantrag della Torrettas in der burgenländischen Frage nicht abgelehnt, die Ergebnisse der Vermittlung müssen jedoch **der Botschafterkonferenz vorgelegt** werden. Die Konferenz wird auch entscheiden, wie lange die magyarische Gendarmerie im Burgenlande bleiben darf. Die englischen Kreise haben keine allzu optimistische Auffassung über die Resultate der Beratungen von Venedig.

Die österreichische Ministerkrise.

Noch keine Lösung.

Wien, 6. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat".) Die Ministerkrise ist noch immer nicht gelöst. Den gestern mitgeteilten Plan haben die Großdeutschen abgelehnt, da sie nicht wünschen, daß zwei Christlichsoziale in der Regierung sind. Auch der Bundeskanzler wehrt sich gegen den starken parlamentarischen Einschlag. Es dürfte an Stelle des Finanzministers der christlichsoziale Abgeordnete Professor Gürtler kommen. Dafür dürfte der christlichsoziale Heeresminister Vaugoin zurücktreten, an dessen Stelle ein Offizier kommen soll.

Beratung über die Geldkrise in Österreich.

Wien, 6. Oktober. Die leitenden Funktionäre der Wiener Banken hielten beim Bundeskanzler Schober eine Konferenz ab, um der panikartigen Verteuerung der fremden Zahlungsmitteln und der Wertvernichtung der österreichischen Krone eine Grenze zu setzen. Abgesehen von spekulativen Umtrieben tragen momentan die panikartigen Käufe des legitimen Devisenbedarfes von Handel und Industrie wesentlich zur Krisis auf dem Valutenmarkte bei und es steht deshalb eine Anregung in Erwägung für kurze Frist ein Moratorium für Auslandszahlungen in Geltung zu setzen.

Die Völkerbundversammlung

Die zweite Tagung des Völkerbundes ist zu Ende. Präsident Karnebeck hat sie mit einer feierlichen Rede nach Monatsdauer geschlossen. Der Rückblick, den er gab, ist bescheiden. Der Rückblick des außenstehenden Proletariers kann nicht anders als bitter ausfallen. Das gilt von den Formen, in welchen sich die Beratungen bewegten, von diesen steif pathetischen, wortreichen Berichten, hinter denen nichts greifbares zu fassen ist. Und gilt in noch höherem Maße vom Inhalt der Beschlüsse. Sie bauten ab, was Wilsons schlapper Idealismus dem Bunde als Basis zugrunde gelegt hat, und gestalten das als Band der Völker gedachte Organ zu einem Machtinstrument der Entente aus. Sie stehen den Problemen der Abrüstung, der internationalen Gerichte und der Blockade für Friedensbrecher ohnmächtig gegenüber und erwehren sich dafür nur noch schwach der Geheimdiplomatie und der Gefahr von friedenbedrohenden Sonderbündnissen. Eine Versammlung von modern und demokratisch frisierten Mandarinen, von harten Vertretern kapitalistischer und imperialistischer Interessen hat in Genf getagt, nicht ein Rat freier Volksvertreter, aber deshalb darf die Arbeiterschaft diesen Völkerbund doch nicht verächtlich übersehen. Einmal deshalb, weil er trotz allem eine Unsumme von Gewalt in seinen Händen vereinigt, und dann, weil er die Keimzelle zu etwas ganz anderem werden kann, als was er heute ist. Das Weltproletariat hat ein Interesse daran, daß überhaupt eine Staatenorganisation besteht. Eine existierende Form mit neuem Geist zu erfüllen ist leichter, als Form und Geist erst schaffen zu müssen. Wenn es den Arbeitern gelingt, ihre Staaten im sozialistischen Geist umzugestalten, werden sie auch sofort den Apparat in Händen haben, der die Staaten zu einander in Beziehung hält. Der Völkerbund ist immer Instrument der die Staaten leitenden Kräfte, er kann und wird also auch unser Instrument werden. Deshalb gilt es, ihn zu erhalten, damit er dereinst in unserem Sinne ausgestaltet werden kann.

*

Die Schlußtagung der Völkerbundsversammlung.

Genf, 5. Oktober. (Wolff.) Die **zweite Tagung der Völkerbundsversammlung war heute abends um 6 Uhr zu Ende**, nachdem sie genau einen Monat getagt und neben zahlreichen Kommissionssitzungen **33 Vollsitzungen** abgehalten hatte. Der Präsident der Versammlung, Dr. van **Karnebeck**, holländischer Minister des Aeußern, hielt die **Schlußrede:** Zweifellos, sagte er, werden diejenigen enttäuscht sein, die ein Wunder erwartet haben, aber die besten Absichten müßten sich vor der Wirklichkeit beugen und vor den Hindernissen, die die Völker selbst schaffen. Nichtsdestoweniger müsse zugegeben werden, daß der **Gedanke der internationalen Vereinigung** und Zusammenarbeit, gleichviel wie seine auswärtige Form sei, ein **endgültiges Gut der Menschheit** geworden, daß der Völkerbundgedanke konsolidiert und daß fruchtbare Arbeit geleistet worden sei. Unter den Ergebnissen der diesjährigen Tagung zählt der Präsident die Maßnahmen zur **Bekämpfung des Opiumgenusses** und des **Mädchen- und Kinderhandels** und die **Verfassungsarbeit** der ersten Kommission auf, die oft bedeutsame politische Fragen berühren. Außerdem habe der Völkerbund die Zahl **seiner Mitglieder vermehrt** und das Tor für die offen gehalten, die zu gegebener Stunde sich ihm anschließen und das **Haus der Völker** vervollständigen werden. Auch in der **Abrüstungsfrage** glaubt van Karnebeck, Fortschritte verzeichnen zu können, will aber ihre Bedeutung nicht übertreiben, denn der Weg sei lang und das Problem verwickelt. Immerhin bezeugen die dokumentarischen und statistischen Arbeiten, die geleistet wurden, sowie die Anregung für die Kontrolle des Waffenhandels, den Willen zur allmählichen Pflichterfüllung im Rahmen des Möglichen in einer noch unruhigen Welt und in einem noch nicht universellen Völkerbunde. Endlich sei die Errichtung des **Internationalen Gerichtshofes** zu erwähnen. Während die Versammlung ihre Arbeiten abschließe, tage der Völkerbundrat weiter. Morgen werde er sich mit der albanischen Frage befassen und auch in der oberschlesischen Frage befänden sich die Arbeiten der vier Ratsmitglieder, denen die Vorprüfung dieses wichtigen Problems anvertraut wurde, auf gutem Wege und ständen nahe vor dem Abschluß. Das wesentlichste Ergebnis aber sei der Geist, der die Arbeiten beherrsche, der Imponderabilien, die den **Glauben in die Zukunft des Völkerbundes rechtfertigen.**

Verschärfung der russischen Hungersnot.

Moskau, 6. Oktober. (Funk.) In der Sitzung des allrussischen Vollzugsausschuß berichtete Kalinin, daß die Lage in den Hungergebieten sich verschärft habe. Neun Gouvernements haben sich mit dem Ersuchen um Hilfe an den Zentralausschuß gewendet, **weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihre Bevölkerung zu ernähren. Ueber zwanzig Millionen Menschen sind vom Hunger bedroht, darunter acht Millionen Kinder.**

Die amerikanische Hilfsaktion.

Moskau, 6. Oktober. (Funk.) Die Amerikaner haben am 28. September in Samara die Ausspeisung in den Kinderheimen begonnen. Sie arbeiten im engsten Kontakt mit den Sowjetbehörden. Ihre Vorräte an Lebensmitteln werden aus dem im Anrollen befindlichen 900.000 Pud ergänzt. Der amerikanische Professor Kellock, der die Gouvernements Samara und Kasan bereist hat, gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es dank den Maßnahmen der russischen Behörden gelingen wird, die Folgen der Hungersnot zu mildern.

Angriffe der Albanesen.

Agram, 6. Oktober. (Jug. Preßb.) Nach einer Meldung der „Rjec" aus Belgrad **konzentrieren** sich die Arnauten an der Demarkationslinie. Jugoslawische Truppen haben die Angriffe der Arnauten, die Verstärkungen erhielten, energisch zurückgewiesen. Aus Podgorica wird gemeldet, daß die Arnauten Denia Salia besetzt haben.

Umformung der Regierung.

Belgrad, 5. Oktober. (Tsch. P. B.) König Alexander kehrt wahrscheinlich am 15. Oktober zurück. Ministerpräsident **Pasitsch** wird dem Könige sofort die **formelle Demission** des Kabinettes unterbreiten. Damit die Kabinettskrise nicht lange dauere, haben heute zwischen den Delegierten der parlamentarischen Hauptgruppen, der radikalen und der demokratischen Partei, Verhandlungen begonnen. Bei den Hauptausschüssen beider Parteien herrscht der feste Wille, die **Koalition weiterhin aufrecht zu erhalten**

Die Sozialdemokraten fürs Parlament.

Agram, 5. Oktober. (Tsch. P. B.) **Einer** Meldung des „Cozor" aus **Belgrad zufolge**, forderte der **sozialdemokratische Klub die Regierung** auf, mit Rücksicht auf die **Seitens der** Arnauten und der Magyaren drohende Gefahr die **Nationalversammlung einzuberufen.**

Amerika soll helfen.

Wunsch nach Schaffung einer internationalen Kommission.

London, 6. Oktober. (Reuter.) Ueber den weiteren Inhalt des Berichtes der amerikanischen Handelskammern meldet „Daily Mail" aus New York: In dem Berichte wird erklärt, daß sich weder Ost- noch Zentraleuropa ohne die aktive Hilfe der Vereinigten Staaten dauernd erholen könnten. Die Vereinigten Staaten müßten sich an den Arbeiten der Reparationskommissionen und der übrigen Kommissionen beteiligen, welche finanzielle und wirtschaftliche Fragen erörtern. Schließlich wird die Errichtung einer internationalen Kommission beantragt, bestehend aus Vertretern der finanziellen und Handelswelt, die mit der Reparationskommission zusammenarbeiten sollen.

Harding für Zahlungserleichterungen.

London, 6. Oktober. (Reuter.) Der amerikanische Korrespondent des „Daily Mail" sagt: Bezüglich der Zahlung der Schulden der Alliierten wünscht Harding, der Kongreß möge die Regierung ermächtigen, den Schuldnerstaaten die **Zahlungsbedingungen zu erleichtern.** Harding hofft, der Kongreß werde ein solches Gesetz genehmigen, das seiner Ansicht nach die finanzielle Situation Europas bessere und auch die Vereinigten Staaten in eine bessere Situation bringen werde.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 5 .Oktober. (Tsch. P. B.) Die Mitglieder des neu gebildeten **Generalrates**, dreißig an der Zahl, hatten heute eine dreiviertelstündige Unterredung mit **Lloyd George** über die Arbeitslosenfrage. Unter anderem nahmen daran teil: Clynes, Smillie und Gosling. Lloyd George schlug vor, daß eine Anzahl von Arbeitervertretern mit ihm und seinen Kollegen über praktische Maßnahmen gegen die äußerte nationale Notlage beraten sollen.

Die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

Wie dem B. T. B. aus München gemeldet wird, wird die bayerische Regierung gemäß ihrer Verabredung mit der Reichsregierung morgen eine Verordnung herausgeben, durch die der Ausnahmezustand in Bayern vom 15. Oktober an aufgehoben wird.

Noch keine Entscheidung über Oberschlesien

Paris, 5. Oktober. Havas zufolge erklärt man an amtlicher Stelle, daß alle Nachrichten über eine Teilung Oberschlesiens verfrüht sind und daß die darüber umlaufenden Gerüchte als Phantasie bezeichnet werden.

Kleine Chronik.

Großes Eisenbahnunglück in Frankreich. Paris, 6. Oktober. Im Tunnel von Batignole stieß heute abends der auf der Fahrt von Paris nach Versailles begriffene Personenzug auf einen anderen, der im Tunnel hielt. Durch die Explosion eines Gasbehälters geriet der eine Zug in Brand. In der Nähe des Bahnhofes St. Lazare sind bis zwei Uhr morgens 16 Tote gezählt worden. Die meisten Leichen sind infolge Verbrennung nicht mehr zu erkennen. Außerdem wurden etwa hundert Verletzte, darunter 20 Schwerverletzte, festgestellt.

Hohe Temperatur in Frankreich. Paris, 6. Oktober. (Havas.) In Frankreich herrscht dieser Tage eine ungewöhnlich hohe Temperatur. In Paris zeigte das Thermometer gestern 28.2 und in Biarritz 33 Grad.

Eroberung von Wladiwostok durch die Bolschewiken. Paris, 6. Oktober. (A. H.) Nach Berichten aus Riga bestätigt es sich, daß die Bolschewiken Wladiwostok eingenommen haben.

Das „stärkste" Heer der Welt. Wie der Washingtoner Korrespondent der „Chicago Tribune" berichtet, steht amtlichen Ziffern zufolge Frankreich mit einer aktiven Heeresstärke von 1,034.000 Mann an zweiter Stelle in der Welt da, China an erster Stelle mit 1,370.000 Mann, Deutschland mit 100.000 Mann an letzter Stelle. Die Heeresstärke Englands beträgt 740.000 Mann. Die Vereinigten Staaten kommen mit 140.000 Mann an vorletzter Stelle.

Eine Kiste mit bulgarischen Banknoten geraubt. Hamburg, 6. Oktober. Güterräuber haben zur Nachtzeit auf dem Bahnhofe Hamburg-Süd einen Waggon erbrochen, aus dem sie eine Kiste raubten, die 22.000 bulgarische Leinoten neuester Ausgabe enthielt. Es handelt sich um Banknoten, die sich noch nicht im Umlaufe befinden, daher selbst in Fachkreisen noch nicht bekannt sind. Von solchen Noten befanden sich im Waggon weitere große Kollis. Vor Annahme der Banknoten wird gewarnt. Die gestohlenen Serien tragen die Nummern von 400.000 bis 420.000.

Kommunistische Demagogie.

Der Konflikt in der Metallindustrie und die Kommunisten.

Aus Kreisen der tschechischen Metallarbeiterschaft erhalten wir folgende Zuschrift: In den letzten Wochen führte die kommunistische Presse, insbesondere das „Rude Pravo", eine scharfe Kampagne gegen die stärkste Arbeiterorganiso-

tion, den Metallarbeiterverband. Schon nach dem großen Kampfe der Metallarbeiter im mittleren Böhmen im Monate Juni d. J. eröffnete das „Rude Pravo" starke Angriffe auf die Metallarbeiterorganisation, der es Schwäche vorwarf, obgleich diese Organisationen vollständig den Angriff der Kapitalisten auf die Arbeitszeit und die Löhne der Arbeiter abgeschlagen und sogar noch Verbesserungen, besonders in der Frage des Urlaubs und des Weihnachtsbeitrages, erzielt hatte. Aus allen diesen Angriffen war die Absicht zu ersehen, die Metallarbeiterorganisation, deren Führung in sozialdemokratischen Händen liegt, zu diskreditieren. Als dies nicht gelang und die Arbeiterschaft offenkundig ihrer Mißbilligung über diese Angriffe auf die Fachorganisation Ausdruck gab, unternahm das „Rude Pravo" anläßlich des Konfliktes der Arbeiterschaft der Firma Breitfeld, Danek u. Comp. in Karolinenthal einen neuen Angriff auf den Metallarbeiterverband. Die Ursache dieses Konfliktes bildeten nachstehende Begebenheiten: Die Verwaltung der Danekfabrik zeigte der Arbeiterschaft an, daß in einigen Abteilungen die Arbeitszeit um 12 Wochenstunden werde herabgemindert werden. Die Arbeiterschaft unterwarf sich dieser Anordnung nicht. Als dann zwischen den Vertretern der Arbeiterorganisationen und dem Unternehmerverband eine Verhandlung über diese Angelegenheit eingeleitet werden sollte, kam es in der Fabrik zu einem Konflikt, bei welchem der Direktor des Unternehmens und der Sekretär des Industriellenverbandes mißhandelt wurden. Hierauf verlangte der Industriellenverband von den Arbeiterorganisationen Genugtuung und erklärte außerdem, daß einige Mitglieder des Arbeiterausschusses, besonders aber dessen Vorstand, aus der Arbeit entlassen werden müssen. Dieses Verlangen motivierte er damit, daß der Arbeiterausschuß, der bei der Verhandlung anwesend war, die Mißhandlung nicht verhinderte, wodurch er gezeigt habe, daß er nicht am Platze sei. Die Arbeiterorganisationen und die Vertrauensmänner gewährten die Genugtuung dadurch, daß sie erklärten, daß sie die Mißhandlung nicht billigen, die zweite Forderung aber wiesen sie ab. Sie erklärten, daß niemand von den Vertrauensmännern aus der Arbeit entlassen werden dürfe und verteidigten konsequent diesen Standpunkt. Als dann trotzdem die Verwaltung der Fabrik verkündete, daß am 30. September d. J. drei Vertrauensmänner aus der Arbeit entlassen werden, faßte der Vorsitzende des Vertrauensmännerausschusses, Hauer, freiwillig den Entschluß, aus dem Unternehmen auszutreten, was er unter voller Zustimmung der übrigen Mitglieder des Arbeiterausschusses tat. Von den weiteren Vorkehrungen muß noch angeführt werden, daß der Betriebsrat zu resignieren beschloß und seine Zustimmung erteilte, daß von seinen bisherigen Mitgliedern nur die Hälfte gewählt werde. Ueber diese Ereignisse schrieb das „Rude Pravo", daß der Vertrauensmännerausschuß seine Zustimmung zur Entlassung des Vorsitzenden des Betriebsrates gegeben habe. Diese unwahre Behauptung des „Rude Pravo" stellte der Betriebsrat der Danekfabrik, der in seiner überwiegenden Mehrheit kommunistisch ist, in einer öffentlichen Kundmachung richtig, in der er loyal konstatierte, daß die Arbeiterorganisationen und die Vertrauensmänner zur Entlassung Hauers ihre Zustimmung nicht erteilten. Diese Erklärung mußte auch das „Rude Pravo" veröffentlichen. Um seine Niederlage zu verschleiern, unternahm das „Rude Pravo" einen neuen Angriff auf die Fachorganisationen, als die Verwaltung der Danekfabrik dem Arbeiterausschusse mitteilte, welche seiner bisherigen Mitglieder nicht mehr in den Arbeiterausschuß gewählt werden dürften. Die Arbeiterorganisationen wurden jetzt vom „Rude Pravo" des Verrates beschuldigt, obgleich der Arbeiterausschuß selbst resigniert hatte und seine Zustimmung dazu erteilte, daß die Hälfte seiner Mitglieder nicht wiedergewählt werden. Es ist klar, daß die Angriffe auf die Fachorganisationen in den kommunistischen Blättern von politischer Voreingenommenheit diktiert werden und daß sie einzig und allein die Zertrümmerung der Fachverbände verfolgen, die sich zum Werkzeug der kommunistischen Experimente nicht hergeben wollen. Durch diese Angriffe will offenbar das „Rude Pravo" den sinkenden Einfluß der kommunistischen Partei unter der Metallarbeiterschaft wieder beleben, die Ruhe aber unter den Metallarbeitern beweist, daß sie sich nicht mehr zum Werkzeug kommunistischer Aspirationen hergeben wollen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Unternehmer klagen schon wieder. Anläßlich der Reichenberger Messe hörte man Jubelhymnen über den Erfolg dieser Veranstaltung und es wurde erzählt, daß insbesondere unsere Textilindustrie auf ein halbes Jahr mit Aufträgen versehen sei. Infolge dieser von den Unternehmern selbst zugestandenen günstigen Konjunktur kommen nun die Arbeiter dieser Branche mit Forderungen. Angesichts dieser Lohnbewegung aber reden die Unternehmer plötzlich anders. Sie sagen, es habe sich leider gezeigt, daß die Bestellungen nicht so groß sind, wie man gedacht hatte und daß die gute Konjunktur höchstens bis Weihnachten anhalten wird. Dazu komme noch das Steigen der Baumwollpreise auf dem Weltmarkt, die Entwertung der Währungen der umliegenden Länder, die die Produktionskosten der Textilindustrie erhöhen und ihre Konkurrenzfähigkeit untergraben, so daß Lohnerhöhungen die Konjunktur der Textilindustrie gefährden würden. Ein so unernstes Verhalten der Unternehmer, erst marktschreierische Reklame für die Reichenberger Messe und Erzählungen von guter Konjunktur, dann wieder Ableugnen der Konjunktur, wenn die Arbeiter mit Forderungen kommen, wird auf die Arbeiterschaft keinen Eindruck machen. Die Textilindustrie hat sowohl in Zeiten der Krise, als auch in Zeiten besserer Konjunktur solche Riesengewinne gemacht, daß sie den Arbeitern die höheren Löhne, die sie verlangen, zahlen kann.

Der neue Zolltarif. Gegenwärtig finden bereits Konferenzen von Fachleuten statt — es werden hiezu bezeichnenderweise fast nur Unternehmer geladen — die sich mit den Sätzen des neuen Zolltarifs befassen. Wie es heißt, sollen die beabsichtigten Zölle ungeheuer hoch sein, wozu freilich bemerkt werden muß, daß die Vertreter der Konsumenten, die sozialistischen Parteien im Parlament, wohl noch ein Wörtchen dazu zu sagen haben werden. Das auswärtige Handelsamt erklärt zwar, daß der autonome Zolltarif geeignet sein wird, die Handelsbeziehungen mit dem Ausland auf das innigste zu gestalten, aber die Erfahrungen, die man bisher mit diesem Amt gemacht hat, berechtigen nicht gerade zu den kühnsten Hoffnungen. Das Amt hat eine selbständige Abteilung errichtet, in deren Kompetenz alle Vorarbeiten für den Zolltarif fallen und mit deren Führung Ministerialrat Dr. Franz Peroutka betraut wurde.

Handelsvertrag Oesterreich-Rumänien. In Wien wurde dieser Tage der Handelsvertrag zwischen Rumänien und Oesterreich unterzeichnet. Der Vertrag gilt ein Jahr mit stillschweigender Verlängerung und tritt erst nach Genehmigung durch die beiden Parlamente in Kraft.

Polnisch-tschechische Verkehrsfragen. Bereits seit einigen Tagen finden in Krakau tschechoslowakisch-polnische Beratungen über Verkehrsfragen statt. Gestern wurde über die Regelung des Transitverkehrs auf den Bahnen beider Staaten beraten. Es wurde ein grundsätzliches Einvernehmen darüber erzielt, daß der tschechoslowakische Transit über polnisches Gebiet nach Rumänien und das polnische über die Tschechoslowakei nach Magyarien zugelassen werden wird. Die bisherigen Verhandlungen zeitigten gute Ergebnisse.

„Solide" Geschäfte der Wiener Banken. Bezeichnend für die Moral im Wiener Geschäftsleben ist der Vorfall des holländischen Spekulanten Duim, eines gerissenen Schwindlers, dem die Banken nur deswegen aufgesessen sind, weil er ein Holländer war, also der Angehörige eines Landes mit hochwertiger Valuta. Die „Frankfurter Zeitung" berichtet über die Verluste der Wiener Bankinstitute bei diesem „Geschäft" das Nachfolgende: Geborgt haben dem Schwindler die Verkehrsbank 400 Millionen Kronen, der Wiener Bankverein 200, die Länderbank, die Anglobank und die Unionbank je 150, die Neue Wiener Bankgesellschaft 100, Merkur 50, die Centralbank der deutschen Sparkassen 30 und die Bodenkreditanstalt 20 Millionen Kronen, daneben eine Reihe Wiener Privatbankfirmen mit Summen zwischen 20 und 40 Millionen, insgesamt sollen etwa 50 Banken und Firmen in Betracht kommen.

Die Valuta der Kriegsentschädigung. Die Reparationskommission verbreitet folgende Note: Im Verlaufe der letzten Sitzung hat die Reparationskommission eine Entscheidung über die Umrechnung in Goldmark der Besatzungskosten vor dem 1. Mai 1921 getroffen. Sie beschloß, die Umrechnung zum Durchschnittskurse der Vierteljahre vorzunehmen, in denen die Ausgaben geleistet wurden.

Besserung der wirtschaftlichen Lage Italiens. Die römische „Epoca" meldet, daß sich die Zuckerproduktion in Italien heuer gegen das vorige Jahr nahezu verdoppelt hat. Deshalb wird heuer keine Einfuhr notwendig sein. Auch die Getreideernte übersteigt den letzten Berichten zufolge in erheblicher Weise die vorjährige Ernte, weshalb die Getreideeinfuhr um mehr als die Hälfte herabgesetzt werden dürfte. Dieser Umstand werde einen erheblichen Einfluß auf die Währung ausüben, da Italien auf diese Weise 3 Millionen Pfund Sterling für Zucker und 71.5 Millionen Dollars für Getreide werde ersparen können.

Auch in Frankreich Umsatzsteuer. Der französische Finanzminister Doumer erklärte vor der Finanzkommission der Kammer, daß das Defizit für 1922 2,600.000 Franken nicht übersteigen wird, und schlug zur Deckung vor, die die Umsatzsteuer zu verdoppeln.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3066½, 100 Mark 77¾, 100 schweiz. Franken 1666½, 100 Lire 378¼, 100 franz. Franken 689, 1 Pfund Sterling 358½, 1 Dollar 94½, 100 belg. Franken 682½, 100 Peso 1231½, 100 Dinar 154¼, 100 Lei 80½, 100 österr. Kronen 3.10, 100 poln. Mark 2.25, 100 ung. Kronen 14.02 tsch. Kronen.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Dellingers Operette „Don Cesar", morgen Samstag Molnars „Teufel" mit Leopold Kramer in der Titelrolle.

Urania.

„Im Bilde durch die Welt", 10 Lichtbildervorträge jeden zweiten Sonntag Nachmittag. Beginn: 9. Oktober, ¼4 Uhr. Kurt Hielscher-Berlin „Das unbekannte Spanien" (100 Lichtb.). Abonnement für Nichtmitglieder 35 Kronen, für Mitglieder 30 Kr. Einzelkarte 4 Kr. „Musikalisch-deklamatorischer Abend". Mitw.: Gusti Beidl-Hackel — Dr. Theodor Beidl. Freitag, den 14. Oktober, ½8 Uhr. Karten 15—4 Kr. Mitglieder Ermäßigung. „Moderne Experimentalphysik" (mit Exper.). Doz. Dr. Fürth. Dreistünd. Kurs. Beginn: Freitag, den 14. Oktober, 6 Uhr. Kurskarte 10 Kr. — Mitgl.-Anmeldungen und Mitgl.-Erneuerung täglich Urania-Kanzlei von 10—1 und 4—7 Uhr.

Ein

Arbeiter-Taschenkalender

für das Jahr 1922,

der allen Ansprüchen Rechnung trägt, die an ein solches Buch gestellt werden können, wird vom Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik herausgegeben. Der Verlag und die Auslieferung des Kalenders wurde der Buchhandlung „Freiheit", Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18, übergeben. Trotz des verhältnismäßig niedrigen Preises von

6 Kronen

enthält der Taschenkalender, der gut gebunden ist, eine Fülle Wissenswertes. Außer einem Kalendarium, einem Tagebuch und den für gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter wichtigen Adressen findet man in diesem Handbuch für Vertrauensmänner, so darf man diesen Kalender wohl nennen, Aufsätze über das Staatsbürgerrecht und das Heimatrecht, über die Gemeindewahlordnung, über das Entgelt, die Krankenversicherung, das Ehereformgesetz, die Arbeiterbücherei, ferner Winke für Redner und Ratschläge für Zuhörer, Erläuterungen von Schlagwörtern des Tages. Ein Bild unseres unvergeßlichen Führers Josef Seliger schmückt das handliche Büchlein, das wohl jedem Vertrauensmann, ja jedem Genossen überhaupt, unentbehrlich ist. Bestellungen sind, da die Auflage bald vergriffen sein dürfte, sofort durch die Verwaltungen der Arbeiterblätter sowie die Organisationen zu richten an die Buchhandlung „Freiheit", Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18.

Ein unentbehrliches Hausbuch,

das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das

„Freiheit"-Jahrbuch 1922

für das arbeitende Volk,

das in den nächsten Wochen im Auftrage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug! Kein minderwertiges Gedicht, keine seichte Erzählung fand deshalb Aufnahme in dieses proletarische Hausbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen des deutschen und ausländischen Schrifttums. — In allzuvielen Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die süßlichen „Familienkalender" mit ihren verlogenen, faden „moralischen" Geschichten. Arbeiter, die stolz darauf sind, ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Zeitung in ihrem Heime dulden würden, kaufen gedankenlos irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Kalender oder kümmern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause bringen. Das muß anders werden! In seinen Feierstunden, wenn er im Kalender blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, gehaltvolle Dichtungen, gediegene Aufsätze finden. Die aber bietet ihm in überreicher Fülle das „Freiheit"-Jahrbuch". Sein Auge wird erfreut durch den reichen Bilderschmuck, vor allem durch die schönen ganzseitigen Illustrationen. Die Genossen, die unseren allzufrüh verstorbenen Genossen Seliger kannten und liebten, wird es besonders freuen, daß dem Kalender ein ganzseitiges Bild Seligers auf Kunstpapier beigegeben ist, das gewiß mancher Genosse einrahmen und als Zimmerschmuck verwenden wird. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostet das „Freiheit"-Jahrbuch nicht mehr als 7 Kr. Der Preis wurde so niedrig bemessen, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Hausbuch anzuschaffen. Mit dem Verlage und der Auslieferung des Jahrbuches wurde die Buchhandlung „Freiheit", Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18, betraut. Bestellungen übernehmen jetzt schon die Kolporteure unserer Parteiblätter und die Vertrauensmänner unserer Organisationen.

Herausgeber:
Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

BIO

LIDO Ab Freitag, den 7.—13. Oktober, 5 und 8 Uhr abends.

ROTHKOPF VAGABUND

Drama in 5 Akten mit HARRY CORCY in der Titelrolle.

Amerikanische Novität! halb 6 Uhr abends:

GESCHLECHTSKRANKHEITEN

Vortrag Genosse Dr. MAX POPPER.

SVĚTOZOR

Henny Porten

in ihrem neuen schönen Film

GEIERWALLY.

Effektvolles Alpendrama in 5 Akten.

Reserviert für:

MERL & WEISS

FACHMÄNN. BÜRO-EINRICHTUNGEN

PRAG, NÁRODNÍ 23a.

141

Ebermanns

Mundwasser — Zahnpulver

das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64

Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen.

Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix"

in Wien

schliesst vorteilhaft alle Arten von

Lebensversicherungen

insbesondere Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis zu Kč 10.000·— mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — uneingeschränkter Gültigkeit ab.

Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt.

Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Gross-Prag, Prag II., Václavské nám. 47. 22

Genossen! Gedenket des Fondes zur Erhaltung eures Zentralorgans.

Restaurant „Goldenes Kreuzel",

18 Prag II., Nekázanka 7.

Bürgerliche Küche, erstkl. Biere u. Weine.

Sehenswürdigkeit Prags: „Kreuzelkeller".

EGGER & CO.,

PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.

FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.

Eggers Milch- und Kaffekaramellen,

Eggers 140er Peppermint 87

in allen Konsumvereinen erhältlich.

Verlangen Sie überall Mineraltafelwasser „EXCELSIORQUELLE"

AUS MARIENBAD.

Generalrepräsentanz für die Čsl. Republik:

Bank für Brauindustrie, Prag II.

Havlíčkovo nám. Nr. 25. 86

Unsere Stellungnahme zur Bodenreform.

Von E. Stecker (Jägerndorf).

In mehreren Aufsätzen unseres Zentralorganes wurde die Notwendigkeit der Schaffung eines klarumschriebenen, auf dem Boden sozialistischer Weltanschauung fußenden Agrarprogrammes dargelegt. Die Auswirkungen der durch die kapitalistische Entwicklung gegebenen desolaten wirtschaftlichen Verhältnisse, in allen Phasen des Wirtschaftslebens zutage treten, lassen ein solches Beginnen für unumgänglich notwendig erscheinen. Die programmatische Festlegung unserer Partei auf bestimmte agrarsozialistische Grundsätze kann jedoch erst dann erfolgen, wenn innerhalb der Partei selbst eine ausgesprochene Zielsicherung in der Beschreitung des zu begehenden Weges herrscht. Diese so notwendige Voraussetzung ist dermalen noch nicht gegeben, im Gegenteil, die unklarsten und widersprechendsten Ansichten sind augenblicklich Gemeingut des Großteils unserer Parteigenossen.

Diese Tatsache auszusprechen ist notwendig, die sagt uns nur, daß bei allem raschen Handeln Vorsicht und Umsicht am Platze sind. Wenn sich auch die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftslebens für die eheste Festlegung agrarsozialistischer Thesen ausspricht, so kann diese nicht von heute auf morgen erfolgen, sie bedarf trotz dringender Notwendigkeit einer gewissen Vorbereitung. Wir benötigen vor allem Richtlinien, ein Aktionsprogramm, welches die Erfassung und programmatische Verwertung aller Agrarfragen vorsieht. Dieser Meinung wurde bereits im Zentralorgan Ausdruck gegeben.

Dieses am Tetschener Parteitag zu bildende Aktionsprogramm wird sich in besonders erhöhtem Maße zu mit der Bodenreform zu befigen haben. Die Bodenreform ist der Tragpfeiler jedweden Agrarsozialismus, mit ihr gedeihen oder fallen alle jene Bestrebungen, die auf eine Sozialisierung der Landwirtschaft hinauslaufen.

Eine Frage ist für uns in der Beurteilung der Bodenreform von prinzipieller Bedeutung: Haben wir uns für den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb oder für den landwirtschaftlichen Großbetrieb zu entscheiden? Maßgebend in der Beantwortung dieser Frage muß die Erkenntnis sein, bei welchem Arbeitsprozeß und der Anwendung der gleichen Arbeitskräfte ist ein größerer Produktionsertrag verbürgt? Obwohl für heute jede nähere Begründung hiefür erspart sei, sprechen wir uns für den landwirtschaftlichen Großbetrieb aus, denn unzählige statistische, einwandfreie Erhebungen und tausende praktische Vergleichsergebnisse sind die überzeugendste Sprache hiefür.

Entscheiden wir uns für den land- und forstwirtschaftlichen Großbetrieb, müssen wir uns einmal zunächst aus nationalökonomistischen Gründen gegen die Prager Bodenreform wenden. Diese Bodenreform trägt produktionsvermindernde Folgen in sich, hängt uns den ohnedies kargen Brotkorb noch höher, bringt uns in ein noch größeres Abhängigkeitsverhältnis zu den ausländischen Auswucherern; sie bedeutet ferner die Lahmlegung landwirtschaftlicher Industriezweige, sie untergräbt die Existenz tausender Arbeiter und Angestellten und ist in technischer Beziehung in absehbarer Zeit ganz einfach nicht durchführbar.

Doch wenn auch die technische Unmöglichkeit und die volkswirtschaftlichen Schäden, die der Bodenreform des tschechoslowakischen Bodenamtes zu Grunde liegen, unberücksichtigt bleiben, so sind wir als Sozialisten auch aus politischen Erwägungen gegen diese Bodenreform. Mehr und lang als genug wurde in den letzten Jahren der Völkerverhetzung das Wort gesprochen, es ist hoch an der Zeit, daß Vernunft und Einsicht dem Völkerhasse einen Damm setzen, jedoch Vernunftsgründe müssen wir vergeblich in dem Machwerk des Prager Bodenamtes suchen. Dieses ist nur geeignet, die nationalen Leidenschaften zur Siedehitze zu bringen, den nationalen Haß in den von ihm noch weniger erfaßten Gebieten zu tragen. Das krampfhafte Bemühen des Prager Revolutionstribunals, das seine Gesetzesmaschine dem nationalstaatlichen Charakter der Republik dienstbar machte, kommt auch in dieser „Bodenreform" brutal zur Geltung. Sie ist ein Tschechisierungsinstrument, welches jede volkswirtschaftliche Nutzanwendung ausschließt. An dieser Feststellung ändert auch nichts der Umstand, daß die Bodenreform den zum Gutteil berechtigten Wünschen des landhungrigen Volkes entsprechen soll. Wenn die Bodenreform nur zum Zwecke der Güterzerstückelung geschaffen worden sein sollte, so müssen wir uns doch fragen, welche Häusler und Kleinbauern sollen durch diese Reform in ihren Wünschen befriedigt werden? Wenn wir den Blick vom Wortlaut des Gesetzes weglenken und dorthin schauen, wo die praktische Auslegung aller Gesetze der tschechoslowakischen Republik ihre gebührende Erörterung finden, erhalten wir bestätigt, daß wir allen Grund haben, dieses Gesetz aus politischen Gründen zu bekämpfen. Was schreibt z. B. „Ceske Slovo"? In einem Aufsatz, betitelt: „Enteignet sie!" schreibt genanntes Blatt wörtlich:

„Wenn irgendwelche Großgrundbesitze in deutschen Gegenden enteignet werden sollen, so muß dies in einer Weise geschehen, daß wir als Nation daraus Nutzen haben. In gebirgigen Gegenden könnte man den deutschen Bewohnern die Felder überlassen, in Gegenden in einer Höhe von 200 bis 400 Meter könnte eine tschechische Kolonisation erfolgen." Des weiteren führt das Blatt eine große Anzahl Orte und Bezirke an, wo planmäßig unter dem Deckmantel der Bodenreform die „Kolonisation" durchzuführen wäre und nennt hiebei die Orte Luditz, Jechnitz, Kriegern, Podersam, Tuschkau, Neumark, Mies, Kladrau, Bischofteinitz, Staab, Saaz, Postelberg, Brüx, Oberleutensdorf, Dux, Teplitz, Leitmeritz, Lobositz, Wegstädtl, Dauba, Hirschberg usw.

Wie gesagt, die Bodenreform dient einem nationalchauvinistischen Raubzug und wird dadurch zum Erreger des schärfsten nationalen Gegensatzes zwischen Deutschen und Tschechen. Eine Bodenreform, die dem Volks- oder Staatsganzen eine Nutzanwendung nach jeder Richtung hin bringen soll, und die auch jeder partei- oder staatspolitischer Grundlage entbehren muß, kann nicht in der Zertrümmerung des Großbetriebes ihre Lösung finden, wie das Ausmaß des jeweiligen Besitzes überhaupt eine untergeordnete Rolle spielt. Die Träger und die Gebieter über die Produktion des Großgrundbesitzes müssen in Zukunft die dort bediensteten Arbeiter und Angestellten sein. Der landwirtschaftliche Großbetrieb darf nicht im privatkapitalistischen Interesse geführt werden, sondern dessen Nutznießer muß die Allgemeinheit sein und in deren Auftrag haben die Angestellten das Verfügungsrecht über die Produktion und über die Verwendung der erzeugten Güter. Eine Bodenreform in diesem Sinne durchgeführt, würde produktionsfördernd wirken und das Hasardieren mit einem so ernsten volkswirtschaftlichen Problem, wie es die Bodenreform ist, unmöglich machen.

Wir verschließen uns nicht der Ansicht, daß der Häusler und Kleinlandwirt in seinem schweren Existenzringen durch eine Bodenzuteilung eine Erleichterung erfahren soll, aber diese Bodenzuteilung darf nicht auf Kosten der Produktionsverminderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse erfolgen. Weit mehr wie durch eine oftmals technisch unzweckmäßige Bodenzuteilung kann der Kleinbauer durch die genossenschaftliche Bewirtschaftung seine Besitze lebensfähig gestalten. Die genossenschaftliche Bewirtschaftung des kleinbäuerlichen Anwesens ist auf dem Wege zur Sozialisierung ein guter Schritt nach vorwärts und haben wir den einmal getan, können wir mit Genugtuung und Freude behaupten, daß wir wohl das größte Stück menschlicher Selbstsucht und verbohrtesten Egoismus gebrochen haben. Das Ziel liegt so nahe, die Vernunft greift nach ihm; lehren wir den bodenbebauenden Menschen soziales Denken und wir werden in absehbarer Zeit eine Bodenreform begrüßen, die unserem Willen entspricht, die tausende Menschen aus Sklavenketten befreit und die der arbeitenden Menschheit von Nutzen sein wird.

Fäulnis.

Vor den Wiener Gerichten stand kürzlich eine Trödlerin unter der Anklage des Wuchers, weil sie für irgend einen Haushaltungsgegenstand gleich einen Zuschlag von sechzig Prozent berechnete und als Grund dafür angab, daß die Käuferin den Kaufpreis nicht in tschechischen Kronen bezahlte. Ein Wucherprozeß, der wahrhaftig keine besondere Gemütserregung hervorgerufen hat. Ein Wucherprozeß mehr oder weniger, daran wird vorübergegangen, ohne daß es zum allgemeinen Bewußtsein kommt, daß gerade dieser läppisch-alltägliche Bewucherungsversuch blitzlichtartig die Fäulniserscheinungen der beinahe auf Null entwerteten Währung des armen Deutschösterreich beleuchtet.

Die Trödlerin ist ein armer Schelm, welcher gerade deswegen gehängt wird, weil er erwischt wurde, weil sich ein Kläger gefunden hat. Wie sehr aber die Sucht, fremde Valuten an Zahlungsstatt zu erhalten, eine alltägliche Erscheinung geworden ist, erhellt am besten daraus, daß sich dem Reigen, den der Buchhandel eröffnet hat, bis heute eine ganze Reihe von Branchen, wie zum Beispiel der größere Modewarenhandel, der Handel in photographischen Artikeln, der Handel in Musikinstrumenten und eine ganze Menge anderer Geschäftszweige angeschlossen haben und für ihre Waren ausschließlich oder fast ausschließlich Mark oder tschechische Kronen verlangen. Wo bleibt da der Staatsanwalt?

Wenn diese Tatsachen mit zu den Ursachen der gerade in der letzten Zeit in ein Wahnsinnstempo geratenen Entwertung der deutschösterreichischen Krone gehören, so darf eine weitere Tatsache nicht übersehen werden, die die gleiche Ursache und die gleiche Wirkung hat, die aber nicht mit dem gleichen, vollen Rechte als gewinnsüchtige Valutenhamsterei bezeichnet werden darf. Das ist der Uebergang eines beträchtlichen Teiles dessen, was als Sparkapital bezeichnet wird, zu den Käufern der fremden Valuta. Kleine Gewerbetreibende, Angestellte, Geschäftsvertreter pflegen ihre Ersparnisse, so weit sie solche machen können, nicht in die Sparkasse zu tragen oder in Staatspapieren anzulegen, ziehen vielmehr den Ankauf von halbwegs wertbeständigen fremden Währungen vor, nachdem die phantastische Höhe der Effektenkurse der Wiener Börse diese Gruppen von der Effektenspekulation ausgeschlossen hat. Sie haben den Zusammenbruch der Rentner infolge der Valutazerrüttung vor sich gesehen, und es mag dahingestellt bleiben, ob sie die Aussicht auf die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen oder die Hoffnung, durch Erwerb von Börsenpapieren oder fremden Valuten sich gegen eine Wertverminderung ihrer Ersparnisse zu sichern, der Börsenspekulation in die Arme getrieben hat. Sicher ist, daß die Spekulation Kreise ergriffen hat, die vorher die Börse kaum den Namen nach gekannt haben.

Das bedeutet nicht weniger und nicht mehr als die Außerkurssetzung der deutschösterreichischen Krone auch im Inlande, die beginnende Fäulnis des Staates, des kapitalistischen Staates. So lächerlich auch der Gedanke klingt, so wahr ist es, daß der buntbedruckte Wisch, Geld genannt, im Stande ist, den monumentalen Bau, den die gegenwärtige Wirtschaftsordnung geschaffen hat, zu erschüttern.

Tages-Neuigkeiten.

Eine Fahne für die Burgwache. Unter dieser Spitzmarke fanden wir gestern in einem Prager Abendblatte eine Notiz, eine ganz kurze Notiz, die aber eine Fülle Erinnerungen und Betrachtungen in uns wachrief: Donnerstag, den 13. Oktober, wird Präsident Masaryk der Burgwache in feierlicher Weise eine Fahne überreichen. — Eigentlich wäre ja dagegen gar nichts Besonderes einzuwenden. Warum soll die Prager Burgwache keine Fahne haben und warum sollte auch Prag keine Burgwache haben? Es war doch so wundervoll im alten kaiserlichen Wien mit seinem Burgparadenzauber, mit seiner weltberühmten Burgmusik, mit der stolzen, schwarzgelben Fahne am Burghof, die jeder vorübergehende Soldat und Offizier in höchster, ja in allerhöchster Strammheit zu grüßen hatte, widrigenfalls ihm schwerste Strafe drohte. Warum sollte das alles die tschechoslowakische Republik entbehren müssen? Eine Burgwache haben wir schon lange — nun wird sie au chdie unumgängliche Fahne erhalten. — Residenz Prag ist komplett. Solte das vielleicht schon eine Tat der neuen Regierung sein? Wenn ja, dann lassen wir allen Pessimismus fahren, den wir dem Kabinett Benesch je entgegenbrachten. Ein wenig versöhnt waren wir schon gestern, als wir sahen, daß man uns einen Springbrunnen mit Goldfischen bietet; nun sind wir ganz zufrieden. Jeden Tag können wir uns jetzt durch den Anblick des hehrsten Wahrzeichens Prags davon überzeugen, daß wir in einer freien, ganz freien Republik leben und daß wir trotzdem nichts von alledem entbehren müssen, was das alte Oesterreich so... so... na, wie sagen wir nur schnell?... so lieb machte.

„Kehret zu Eurem Glauben und zu Eurem Kaiser zurück!" In den niederösterreichischen Grenzgebieten und im Burgenlande wurden Flugzettel folgenden Inhaltes herabgeworfen:

„Oesterreicher! Das Oberkommando der Landesverteidigungsorganisationen in Westungarn begrüßt die christliche Bevölkerung Oesterreichs und hält es für notwendig, ihr seine Ziele aufzuklären. Wir sind keine Feinde des nationalen Empfindens Oesterreichs, sondern wollen im Gegenteil zu Oesterreich, mit welchem wir fünf Jahre als treue Bundesgenossen gegen eine Welt von Feinden gekämpft haben in freundliche Beziehungen treten. Wir kämpfen aber gegen Euer Staatssystem, das ist gegen das System des Bolschewismus, durch welches Ihr ins Verderben getrieben werdet. Wir wollen Euch nicht als Feinden gegenüberstehen, sondern wollen Euch aus dem Sumpfe und der Gewalttätigkeit der bolschewistischen und terroristischen Banden retten. Wir wollen, daß ei Euch der revolutionäre Geist aufhöre und die Staatsgewalt in legitim Hände gelange. Die Internationale ist

---

Ludwig Anzengruber in seiner Zeit.

Von Wilhelm Bolin (Helsingfors).

(Schluß.)

Von der Bühne verdrängt, sah sich Anzengruber auf die Pflege der Erzählung angewiesen. Daran hatte er schon gedacht, als ihm gehörige Beachtung war. Aber gediegene Leistungen fordern Zeit zum Ausreifen und glückliche Stimmung, und war ihm Solches vergönnt, kam es zu Meisterwerken. Aber zwischendurch mußte der Alltagssorgen halber vieles der Feder abgerungen werden, das in der Tagespresse unterzubringen war. Für diesen Zweck wandte sich Anzengruber den sozialethischen Fragen zu, denen er eine Menge kleinerer Erzählungen widmete. Sie gelten alle den unzähligen Vorkommnissen im Großstadtleben, wie er in dem gelungensten seiner bürgerlichen Dramen berührt und in einem größeren Roman darzustellen gedachte. Alles hierhergehörende Material besteht in durchaus voneinander unabhängigen Skizzen, die jene größere Arbeit vorbereiten sollten. Sie tragen alle das Gepräge des halbfertigen, wurden unter bedrückter Stimmung hergestellt und von ihm selbst als Ergebnis eines ihm aufgezwungenen Müssens bezeichnet. Die hier folgende Ueberschau von Anzengrubers kleineren Zeichnungen sozialethischen Inhalts zeugt von einem entgegenkommenden Verständnis, das zu deren gerechter Würdigung führt. Verstimmend wirkt nur die unvermeidlich sich einstellende Gewißheit, daß die geplante Verwendung des Aufgezeichneten zu einem künstlerisch ausgeführten Ganzen dem Dichter durch dessen vorzeitiges Ableben versagt wurde.

Alles was sich auf dies Ereignis wie auch auf die übrigen Lebensvorgänge des Dichters bezieht und dem zwei längere sachgetreue Kapitel des Buches gehören, möge hier übergangen werden. Besondere Beachtung verlangt das Kapitel, worin die Dorfromane vom Standpunkte der Sexualethik betrachtet werden. Solches ist namentlich zulässig bei der letzten dieser Schöpfungen wie auch bei mehreren der kleineren Erzählungen. Beim ersten Roman „Der Schandfleck" liegt es nahe, führt aber, wenn ausschließlich dabei eingehalten, zu einer Auffassung, die von einer richtigen hinwegleitet. Die für das Schicksal der jungen Liebesleute entscheidende Katastrophe läßt sie sich als Geschwister erkennen. Der Müllerssohn, von Verzweiflung ergriffen, geht daran zugrunde. Magdalene Reindorfer dagegen zeigt eine Besonnenheit, die dem Kritiker nicht zusagt. Nach Kleinberg hätte sie, auf das von ihrer ersten Liebe erhoffte Glück verzichtend, diesem eine heroische Entsagung während ihres ganzen übrigen Lebens entgegenzusetzen. Damit wäre die Erzählung zu Ende und das Mädchen mit einem Starrsinn ausgestattet, wie er ihrem Halbbruder eigen. Der Dichter führt sie durchweg als eine ungesunde Natur vor, erfüllt von ihrer Verehrung für den Nährvater, dem sie ihre Treue und Dankbarkeit zeigen will, ganz im Gegensatz zu seinen eigenen Kindern, die nur schnödeste Eigensucht ihn fühlen lassen. Ihr Verhalten zum alten Reindorfer bildet ihren wahrhaften, von frühester Kindheit an in ihr aufgesammelten Denkinhalt, dessen Gediegenheit sie durch ihr ganzes späteres Leben bewährt. Um das zu können, muß sie in Verhältnisse kommen, die sie dabei fördern. Solches wird ihr an der Seite eines Mannes, dessen erstes Liebesglück auch zertrümmert worden. Dem Einwand, daß es nur eine angestückelte zweite Novelle gäbe, fehlt jede Berechtigung, weil es dem Dichter auf die Beziehungen zwischen Magdalene und dem alten Reindorfer ankam, die dem ganzen Roman seine künstlerische Einheit geben.

Weit entfernt, hier eine Unfehlbarkeit zu beanspruchen, mag es leicht der Fall sein, daß der Autor für seine Ausführungen bei etlichen seiner Leser Zustimmung findet, da bekanntlich der Dichter schon bei der anfänglichen Veröffentlichung seines Romanes von verschiedenen Seiten getadelt wurde, daß er Magdalenens spätere Schicksale nicht tragisch hatte verlaufen lassen. Ebensowenig kann ich der Ansicht beistimmen, die das Buch anläßlich des letzten Bauerndramas, „Der Fleck auf der Ehr'", ausspricht. Der Stoff, heißt es, sei eigentlich episch und in dramatische Form gebracht bei ermattenden Kräften. Mein Eindruck, der nur auf Lesen sich gründet, verspürt eine wunderbare Frische, die eine weitere Entwicklung der dichterischen Begabung erwarten läßt. Die große Kunst, die der Dichter dabei entfaltet, ist, für mich, seinen besten Dramen ebenbürtig. Schon allein die Figur des Hubmayer, der eigens für das Stück erfunden worden, gehört zu den vorzüglichsten, die der Dichter geschaffen und bietet dem Bühnenkünstler eine glänzende Aufgabe. Das Ganze besitzt unstreitig die lebendigste Bühnenunmittelbarkeit. Daß der tragische Ausgang der Erzählung, der peinlich wirkt, gemieden worden, halte ich für einen Vorzug des Dramas, weil es den Lehrzweck begünstigt, den Anzengruber bei seiner Schriftstellerei in Sicht hielt. Nur so, dünkt mich, war die Unschuld des braven Mädchens und das ihm widerfahrene Unrecht, nur so das an ihr gutzumachende Recht zu veranschaulichen, woran es die herrschende Rechtsordnung fehlen läßt, wenn sie sichs am Buchstaben des Gesetzes genügen läßt, statt alle in der Wirklichkeit gebotenen Umstände genau zu berücksich-

die größte Lüge. Erwacht endlich aus Euerer Gleichgültigkeit, werfet die Euch von den Juden aufgezwungenen Fesseln ab und kehret wiederum zu Eurem Glauben und Eurem Kaiser zurück. In diesem Sinne begrüßen wir Euch alle Arbeiter, Bauern und Bürger, mit einem herzlichen „Gott erhalte!" Das Oberkommando der Landesverteidigungs-Organisationen für Westungarn."

Die Melodie der ungarischen Monarchisten ist ja nicht neu, aber so deutlich, glauben wir, war sie bisher denn doch nicht zu vernehmen. Es gehört eine unglaubliche Kühnheit dazu, als Generalkommando der Banditen- und etwas anderes ist doch dieses westungarische Oberkommando nicht — von den bolschewistischen und terroristischen Banden Oesterreichs zu sprechen. Die „freundlichen Beziehungen mit Oesterreich" — das ist die Vereinigung Ungarn und Oesterreich unter den Habsburgern, die ja sicherlich dafür Sorge tragen würden, daß „der revolutionäre Geist aufhöre". — Ein herzliches „Gott erhalte!" diesem westungarischen Oberkommando. Es sorgt dafür, daß die Arbeiter die monarchistische Gefahr keinen Augenblick außer Acht lassen.

Soldatenschindereien in der Reichswehr. In die Reichswehr des republikanischen Deutschland wurden — dies mag sich Noske als Sonderverdienst anrechnen — auch ein großer Teil jener Soldatenschinder des Hohenzollernheeres übernommen, von deren Scheußlichkeit seinerzeit im Reichstag so viel gesprochen wurde. Es ist traurig, daß diese allerschlimmsten Kommißknöpfe, für die die Beseitigung eines mißliebigen Kameraden oder Untergebenen durchaus nichts Außergewöhnliches ist, auch in der republikanischen Reichswehr ihr Unwesen fortsetzen dürfen. In Minden hat sich jüngst ein Mißhandlungsfall ereignet, wie ihn die Augenzeugen, alte Soldaten, unter dem wilhelminischen Militarismus nie erlebt haben. Diese Mißhandlung eines Reichswehrsoldaten durch Kameraden unter den Augen der Vorgesetzten wird folgendermaßen geschildert:

Es war 3—4 Uhr, da hörten wir auf dem Bastionshofe, wie ein Reichswehrsoldat geschlagen wurde, es klang gerade so, als ob man jemandem mit einem harten Gegenstand über den Schädel schlug — darauf ertönte ein Schrei. Wir sprangen auf und beobachteten, wie vier Reichswehrsoldaten von einem Unteroffizier zum zweiten Mal im Laufschritt hinter die etwa 75 bis 100 Meter entfernte Hinderniswand gejagt wurden. **Hier wurde einer von den Vieren von seinen Kameraden in furchtbarer Weise mit den Fäusten, Gewehrkolben und Seitengewehr gegen den Kopf und Oberkörper geschlagen und getreten. Dieses schmachvolle Bild wiederholte sich ein drittes Mal, jetzt brach der Mann zusammen.** Was nun seine netten Kameraden mit ihm vornahmen, konnten wir nicht genau sehen, doch soviel sahen wir, daß er wieder geschlagen wurde. Als die Rohlinge zurücktraten, lag der **arme Mißhandelte wie leblos auf dem Gesicht**, auch jetzt bekam er **noch Fußtritte.** Als der Aermste sich daraufhin nicht erheben konnte, wurde er von zwei dieser Bestien an den Händen gefaßt und **wie ein krepiertes Stück Vieh** unter wiederholtem Aufstoßen des Kopfes auf die Erde etwa 25 Meter weit geschleift und hier liegen gelassen. Nun blieb der Mann etwa eine Viertelstunde liegen und keiner kümmerte sich darum. Der Unteroffizier schnauzte weiter wie in Vorkriegszeiten. Endlich kamen drei Vorgesetzte, darunter der Unteroffizier und allem Anschein nach ein Arzt. Der Arzt, wenn es einer war, hielt es aber nicht für nötig, sich zu dem Mißhandelten zu bücken, sondern dieser wurde von einem anderen Reichswehrsoldaten in die Höhe gerissen und wir sahen, wie er immer in die Knie und vornüber zusammensank. Nur wenig gestützt, mußte der Aermste seinen Weg zurücklegen, um vielleicht **hinter verschlossener Tür** neue Mißhandlungen über sich ergehen lassen zu müssen. Dieser Vorfall erklärt vielleicht den vor etwa vier Wochen erfolgten **Selbstmord eines Reichswehrsoldaten** derselben Kompagnie.

Man fragt sich, wie ist es möglich, daß sich ein so unerhörter Fall ereignen konnte. Die Erklärung ist einfach: An der Spitze dieser Schinderkompagnie steht ein stramm deutschnationaler Hauptmann, der jeden mißhandeln läßt, der nicht nach der monarchistischen Pfeife der Hakenkreuzler tanzt oder gar im Verdachte „roter" Gesinnung steht. Diese Reichswehr ist eine Schmach für Deutschland, dessen Reichswehrminister ohnmächtig ist, solche Kreaturen, wie den Schinder-Hauptmann von Minden und seine Prügel-Untergebenen aus dem Heere zu entfernen.

Wiederum ein überführter kommunistischer Verleumder. Der Saazer Kommunist Köchert hatte im vorigen Jahre unserem Genossen Legat bei einer Schiedsgerichtssitzung vorgeworfen, Legat habe Arbeiterkreuzer unterschlagen. Wegen dieser schweren Beschuldigung hatte sich Köchert vor Gericht zu verantworten und sollte den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten, der ihm allerdings nicht gelungen ist. Es stellte sich heraus, daß die gegen Genossen Legat erhobenen Anschuldigungen nichts anderes waren als Verleumdungen und der Ehrabschneider Köchert wurde daher zu fünf Tagen Arrest, umgewandelt in 50 Kronen Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil brachte Köchert die Berufung beim Kreisgerichte Brüx ein. Am 31. März dieses Jahres sollte die Berufungsverhandlung durchgeführt werden, wurde aber auf Antrag des Staatsanwaltes in Brüx vertagt. Köchert hatte nämlich, wie die Teplitzer „Freiheit" berichtet, inzwischen Genossen Legat neuerlich bei der Staatsanwaltschaft in Brüx denunziert, indem er Genossen Legat der Vorschubleistung beim unberechtigten Bezuge von Arbeitslosenunterstützung beschuldigte. Auf Grund der von Köchert gemachten Anzeige wurde nun gegen Genossen Legat die Untersuchung wegen Betrug eingeleitet. Auch diesmal erwies sich daß Genosse Legat ganz grundlos denunziert worden war und das Strafverfahren gegen Genossen Legat mußte eingestellt werden. Endlich konnte nun die Berufungsverhandlung durchgeführt werden. Das erstrichterliche Urteil gegen Köchert, der sich von dem arbeiterfeindlichen deutschnationalen Rechtsanwalt Dr. Zinke verteidigen ließ, wurde vom Kreisgericht vollinhaltlich bestätigt.

Der Parteitag der Unabhängigen wurde, wie die Berliner „Freiheit" meldet, vom Zentralkomitee für den 1. Jänner nach Leipzig einberufen.

Das Kino als Verführer. Im November vorigen Jahres wurde in Berlin die bejahrte Witwe Emilie Gillert von dem 17jährigen Rieding unter Beihilfe des 22jährigen Arbeiters Böhnke ermordet. Rieding habe in einem Kino-Schauerstück „Der Würger" gesehen, wie eine Frau von einem Verbrecher in wenigen Sekunden zu Tode gewürgt wurde. Er beschloß, es ebenso zu machen und eine alte Frau umzubringen und zu berauben. In einer Kaschenme lernte er den Böhnke kennen und dieser war bereit, an dem Unternehmen sich zu beteiligen. Als Opfer wurde die alte Frau Gillert ausgesucht, die Rieding kannte. Es gelang ihnen, am 22. November, vormittags gegen 12 Uhr, bei Frau Gillert Einlaß zu erhalten. Diese ist dann in der grausamsten Weise ermordet und beraubt worden. Während Rieding gleich nach der Tat durch Nachbarn der Ermordeten festgenommen werden konnte, gelang es Böhnke zu entfliehen; er konnte auch erst nach einem Tage verhaftet werden. Während der jugendliche Verbrecher den Böhnke als seinen Verführer schilderte, behauptete dieser, daß er von dem Verbrechen zurückgetreten und schon vor Begehung der Tat aus dem Hause geflohen sei. — Rieding wurde seinerzeit zu 12 Jahren Gefängnis, Böhnke dieser Tage zum Tode verurteilt.

Fluchtversuch aus dem Olmützer Kreisgericht. Sechs Insassen einer Zelle im dritten Stockwerk des Olmützer Kreisgerichtes brachten Dienstag nachts einen lange vorbereiteten Fluchtplan zur Ausführung. Die Häftlinge hatten sich aus Leintüchern ein Seil gedreht, an welchem sie sich herunterlassen, den Hof überklettern und so ins Freie gelangen wollten. Die Gitter, der im dritten Stockwerke gelegenen Zelle bogen sie mit äußerster Kraftanstrengung auseinander, so daß ein Mann knapp durchkriechen konnte. Dann knüpften sie das Leintuchseil an das Gitter, worauf als erster der Sträfling Nandor — ein wegen mehrfacher Verbrechen bestrafter Häftling — aus dem Fenster kletterte und sich hinunterließ. Dabei ist zu bemerken, daß Nandor Kriegsinvalide ist, indem ihm ein Bein durch eine Schußverletzung völlig steif wurde, so daß er sich nur mit einem Fuß um das Seil klammern konnte. Als Nandor ungefähr in der Höhe des zweiten Stockwerkes angelangt war, riß das Seil und Nandor stürzte in die Tiefe. Durch den entsetzlichen Schrei Nandors und den dumpfen Fall seines Körpers auf den Boden des Gefängnishofes alarmiert, eilte ein Wächter herbei, der die Polizeiwache herbeiholte. Nandor war mit dem Leben davongekommen. Bloß den rechten Arm hatte er sich gebrochen. Trotzdem besaß er noch so viel Kraft und Energie, während der Zeit, da der Wächter die Polizei avisierte, über die Mauer in den zweiten Gefängnishof zu klettern, wo er sich dann auf den Boden niederlegte, so als wäre nichts geschehen. Die Wächter mit der Polizei vereint, brachten den Mann in Sicherheit, worauf sie zunächst in die Zelle eilten, aus der Nandor entfliehen wollte. Sie fanden die sechs Sträflinge auf ihren Lagerstätten liegen, anscheinend im festen Schlafe, um den Wächtern vorzutäuschen, daß sie an dem Ausbruchsversuche nicht beteiligt waren.

Der Kampf gegen die Schundliteratur in Deutschland. Die Unabhängigen haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, sofort eine großzügige Aktion zur Bekämpfung der Schundliteratur zu unternehmen. Es sind sofort 100.000 Mark bereitzustellen, um in allen Bezirksjugendämtern Bücherverteilungsstellen einzurichten, die Berliner Schulverwaltung hat sofort auf dem Wege der Schulordnung den Schülern zu verbieten, in Buchhandlungen zu kaufen, die Schundliteratur zum Verkauf bringen und Buchhandlungen zu empfehlen, die nur gute Literatur führen. Der Polizeipräsident ist zu ersuchen, durch Polizeiverordnung sofort allen Produktengeschäften jeden Bücherverkauf zu untersagen."

Eine Hausdiebin. Dem Landesgericht wurden Josefa Mießner aus Stupov bei Preßburg und ihr Geliebter Josef Lipsch aus Rovnov bei Raudnitz eingeliefert. Die Mießner hatte der Geschäftsfrau Marie Schlemmer aus Prag aus einem verschlossenen Koffer in verschiedenen Teilbeträgen ungefähr 10.000 Kronen gestohlen. Das gestohlene Geld gab sie ihrem Geliebten, bei welchen bei der Hausdurchsuchung 3100 Kronen gefunden wurden.

Autounfall. Gestern um ¾5 Uhr nachmittags überfuhr der Chauffeur Alois Picek in der Palackystraße in Wrschowitz den 13jährigen Schüler Josef Bohata aus Wrschowitz mit einem Militärautomobil. Der Knabe erlitt einen Beinbruch über dem Knie des rechten Fußes und wurde in das allgemeine Krankenhaus überführt. Das Automobil wurde der Polizeidirektion übergeben.

Auch ein Kommunist!

Der Brüxer kommunistische Stadtverordnete Löwy wegen Wuchers zu 6 Monaten Arrest verurteilt.

Brüx, 6. Oktober. Gestern vormittags fand beim hiesigen Wuchergerichte die Hauptverhandlung gegen Arthur Löwy wegen Vergehens gegen das Wuchergesetz statt. Der Senat war zusammengesetzt aus dem Oberlandesgerichtsrate Lampl, als Vorsitzenden und aus den Laienrichtern Josef Hübler-Maltheuern, Josef Preißig-Vischechlab, Anton Wanka-Saaz und Wilhelm Kößler-Dux. Vertreter der Anklage: Staatsanwalt Otto Müller, Verteidiger des Angeklagten: Advokat Dr. Bandler, Brüx. Der Anklageschrift lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Im Jahre 1912 wurde die damals in Kopitz in Stellung gewesene Postmeisterin Rosa Panhans nach Weixdorf bei Friedland versetzt. Da sie in ihrem neuen Dienstorte keine Wohnung finden konnte, deponierte sie am 1. Jänner 1912 ihre Möbel im Lagerhause der Speditionsfirma „Schick", gegen einen vereinbarten Zins von 10 Kronen und einer Krone als Versicherungsprämie auf unbestimmte Zeit. Im Monate Oktober 1920 erhielt Frau Panhans eine Rechnung der Firma Schick für Lagerzins im Betrage von 18600 Kronen für die Zeit vom 1. Juni 1912 bis 1. November 1920. Wegen dieser Rechnung wurde die Geschäftsinhaberin Camilla Schick vor das hiesige Kreisgericht geladen, wo sie angab, daß nicht sie, sondern Ihr Bruder Arthur Löwy, diese Rechnung geschrieben hat. Löwy erklärte bei dieser Einvernahme, daß er die ganze Verantwortung übernehme. Infolgedessen wurde gegen Arthur Löwy von der Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Verbrechens des Wuchers erhoben. Bei der Hauptverhandlung aber leugnete Löwy, die Rechnung ausgestellt zu haben, er habe lediglich seine Schwester nach dem Tode ihres Mannes in der Geschäftsführung unterstützt. Frau Rosa Panhans, Postmeisterin in Pension, die den Eindruck einer armen durch Not und Kummer abgehärmten Frau machte, bei ihrer Einvernahme als Zeugin weinend, daß sie nicht in der Lage sei, die geforderte Rechnung zu bezahlen und daß es ihr wegen ihrer elenden finanziellen Lage und mangels einer Wohnung nicht möglich war, die Möbel zu sich zu nehmen. Nach dem Sachverständigen-Gutachten der Firma Ferdinand Kasper aus Komotau betrug der übliche Einlagerungszins für ein Zimmer oder eine Küche in den Jahren 1912 bis 1915 10 Kronen, im Jahre 1916 15 Kronen, im Jahre 1917 33 Kronen, im Jahre 1918 40 Kronen, im Jahre 1919 46 Kronen, im Jahre 1920 53 Kronen; die Versicherungszinsen beliefen sich im Jahre 1912 auf 6 Kronen, 1913—1915 auf 12 Kronen, 1917 auf 18 Kronen, 1918 auf 24 Kronen, 1919 auf 30 Kronen, 1920 auf 36 Kronen. Der Einlagerungszins ist daher nach der Ansicht des Sachverständigen um einige tausend Kronen überschritten worden. Löwy hatte nach der Anklageschrift ursprünglich eine Rechnung auf 23.934 K 03 h ausgestellt! Löwy, der seinerzeit die volle Verantwortung für die Angelegenheit übernommen und tatsächlich der Panhans Lagerpreis samt Versicherungsprämie in wucherartiger Weise vorgeschrieben hatte, wurde wegen Verbrechens des Wuchers verurteilt und ihm eine Strafe von 6 Monaten strengen Arrest, außerdem eine Geldstrafe von 1000 Kronen, im Nichteinbringungsfalle weitere 3 Tage Arrest, und der Verlust des Wahlrechtes zuerkannt.

Sammlungs-Ausweis

des Arbeiterhilfsfondes für Rußland.

(Vom 24. bis 29. September 1921.)

„Selbsthilfe" Politz a. d. Met. 200.—, Konsumgenossenschaft Böhm.-Aicha 300.—, Graphische Genossenschaft Prag 20.—, Arbeiterkonsumverein Schumburg 1000.—, Produktivgenossenschaft der Bildhauer und Stukkateure Zizkow 50.—, Spar- und Hilfskasse der Beamten der A.-G. für Metallwarenindustrie Smichow 50.—, Wirtschaftl. Mieter- und Spargenossenschaft Horelitz 67.—, Allgemeiner Konsumverein Luhatschowitz 350.—, Konsumverein Bystritz 200.—, Arbeiterhaus Königgrätz 100.—, Konsum-, Produktiv-, Bau- und Spargenossenschaft Lomnitz 500.—, Verpflegsverein „Sklar" Kyjow, Mähren 300.—, Einkaufs- und Wirtschaftsgenossenschaft der Eisenbahnangestellten, Geiersberg 450.—, „Einigkeit" Libusin 1000.—, Zentral-Arb.-Konf.-Ver. Jeseny 250.—, Edition Cadence, Smichow 50.—, „Brüderschaft" Brutky 780.—, „Einigkeit" Zahorschowitz 150.—, Produktivgenossenschaft der Dachdecker Prag 87.—, Wirtschafts-, Miet-, Spar- und Baugenossenschaft Deutsch-Kopist 50.—, Wirtschafts-, Miet-, Spar- und Baugenossenschaft Maleschitz 50.—, Erzeugungs- und Handelsgenossenschaft Zizkow 200.—, „Zukunft" Iglau 100.—, Bau-, Einkaufs- u. Produktivgenossenschaft Gablonz 850.—, Erste Einkaufs- und Produktivgenossenschaft für Arbeiterschuhwerk in Pilsen 100.—, Arbeiterhaus Iglau 100.—, Konsumgenossensch. der Eisenbahnangestellten Wessely 500.—, Wirtschafts-Miet-, Spar- und Baugenossenschaft Lyssa a. d. E. 50.—, Erzeugungs- und Einkaufsgenossenschaft der Sattler-, Riemer- und Taschner-Kriegsinvaliden Prag II 46.—, Wirtschafts-, Miet-, Spar- und Baugenossenschaft Herrndorf 57.—, „Jeko" genossenschaftl. Geschäftsagentur Prag II 100.—, „Selbsthilfe" Zamosti 50.—, „Selbsthilfe" Nachod 300.—, Erzeugungs-, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft für Obst und Wirtschaftsartikel Kbel 50.—, Genossenschaftsbinderei Prag 225.—, Allgemeiner Konsumverein Unter-Stepanov 450.—, Erzeugungs- und Einkaufsgenossenschaft der Sattler-, Riemer- und Taschner-Kriegsinvaliden Prag II 50.—, Produktivgenossenschaft der Fleischer und Selcher Witkowitz 85.—, dito. 250.—, Allgemeine Konsum- und Spargenossenschaft Kolin 500.—, Konsum-, Erzeugungs-, Bau- und Spargenossenschaft Radotin 150.—, Konsumgenossenschaft Sobieslau 200.—, Interessengemeinschaft Zirowitz 500.—, Zentralverein der Arbeiterkonsumgenossenschaft Pardubitz 3000.—, Einkaufs- und Produktivgenossenschaft der tschechischen Sozialisten Brezove Hory 100.—, Lebensmittelverein Kunstadt 200.—, Arbeitergenossenschaft für Erzeugung und Reinigung von Wäsche Prag VIII 200.—, Zentralarbeiterkonsum Chlumetz 650.—, Konsumgenossenschaft Bezno 100.—, Arbeiterlebensmittelgenossenschaft Klein-Weißwasser 150.—, Allgemeine Konsum- und Produktivgenossenschaft Prerau 12.000.—, Produktivgenossenschaft für Schuhwaren Hostomitz 100.—, „Die Biene" Wischau 600.—, Konsumgenossenschaft in Niznej-Slavej 50.—, Sozialdemokratische pol. Org. Weltrus 136.—, Karl Maschek, Konsumvereinsbeamter, Kiralyhaza-Uzhorod 54.—, Markowitz Johann, soz.-dem. pol. Org. Loweschitz 543.—, Union der Bergarbeiter, Turn-Teplitz 24.156.20, Pol. soz.-dem. Org. Radwanitz 52.—, Franz Javoral, Wiska 12.—, Arbeiterschaft der Firma Walter, Jinonitz 2470.—, Arbeiterschaft der Firma Agrar. Masch.-Fabrik der Ceska Banka 2298.87, Verband der Angestellten der Tabakregie, Ortsgruppe Zwittau 900.—, dtto. Ortsgruppe Sternberg 425.—, dtto. Ortsgruppe Prag 85.—, Gewerkschaft der Tabakarbeiterschaft St. Joachimstal 170.—, Picek Wenzel, Podhraditz 170.—, Soz.-dem. pol. Lokalorg. Olmütz 700.—, Pol. soz.-dem. Org. in Ciste 67.—, Pol. Lokalorg. der tschsl. soz.-dem. Arbeiterpartei Chobot 159.—, Blazek Johann, Smrzovka 67.—, Pol. soz.-dem. Org. Strezowitz 32.—, Franz Hrebik, Reinitz 100.—, Riznosaner Konsumgenossenschaft 24.—, Lebensmittel- und Produktivgenossenschaft Komarov 500.—, „Selbsthilfe" Haje 150.—, „Selbsthilfe" Westopowitz 50.—, „Lovena", Büchsenmachergenossenschaft Prag II 225.—, Konsumverein Sytinov 100.—, Konsumgenossenschaft Rucic 100.—, Landwirtschaftl. Lebensmittel-Genossenschaft Unter-Bludowitz 20.—, Arbeiterschaft der Firma Kolben, Wysotschan 34.972.— ,Org. tschsl. Soz. Dobris 138.—, Ad. Zika, Tepl 176.50, Org. tschsl. Soz. Mühlhausen 181.—, Lad. Brousilm, Svihov 36.20, Karl Kroupicka, Betriebsrat, Unter-Remes, Svetec 927.—, Bez.-Org. Wildstein 645.—, Pol. soz.-dem. Org. Kwicowitz 403.—, Ed. Bürgermeister, Haida 407.70, W. Janda, Krochwitz 55.—, Alois Krepsl, Horelitz 85.—, Franz Kouba, Prödlitz 114.50, Soz.-dem. Partei Branna 315.—, Sekr. der Textilarbeiter Reichenberg 200.000.—, Arbeiterschaft der Fa. Novak und Jahn, Prag VII 1192.—, Pol. Org. tschsl. Soz.-Dem. Rima-Sobot 301.—, Wirtschafts-, Miet-, Spar- und Baugenossenschaft Dux 132.—, Arbeiter-Lebensmittelgenossenschaft Katharinenhütte 500.—, „Arb.-Haus Böhm.-Trübau 100.—, Produktivgenossenschaft der Bildhauer und Stukkateure Zizkow 300.—, Produktiv- und Einkaufsgenossenschaft der Schneider Prag 250.—, Wirtschafts- und Miete-Spar- und Baugenossenschaft Ober-Berkowitz 50.— tsch. Kronen. Rest von der vorigen Woche 963.003.43, im ganzen 1,268.043.40 tsch. Kronen.

---

tigen, die sich nur zu leicht der gebührenden Aufmerksamkeit entziehen. Der aus voreiligen Tugenddünkel ihr gemachte Vorwurf wie auch die gedankenlose Rede „gesessen hat sie doch," zerflattern sofort, wenn ihre Grundlosigkeit nachgewiesen wird. Die dem Mädchen werdende Rechtfertigung gehört zum künstlerisch geforderten Abschluß, der vom Dichter mit großer Umsicht vorbereitet wird.

Nur diese beiden Einwände habe ich zu erheben. Die Möglichkeit einer Irrung meinerseits will ich nicht bestreiten. Aber um endlich zu bleiben, darf ich diese Bedenken nicht zurückhalten. Auch sie entsprechen dem Interesse, womit ich die von innigster Verehrung und Bewunderung für Anzengrubers Dichtergröße eingegebene Arbeit gelesen habe, noch bevor sie an die Oeffentlichkeit gelangte. Den Kenner der hierher gehörenden Literatur spricht sie überdies noch besonders an durch die eminente Belesenheit Kleinbergs auf dem Gebiete der österreichischen Dramatik, die durch Anzengruber auf die Höhe künstlerischer Vollendung gehoben wurde. Ich kann nur wünschen, daß meine Freude an der verdienstvollen Leistung allen denen werde, die sie nunmehr in Buchform zu Augen bekommen.